

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierbreite...

Wussten Sie für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 23. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Sozialisten gegen Caillaux.

Umbildung der französischen Regierung wahrscheinlich.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammergruppe hat beschlossen, eine Interpellation über die Finanzpolitik einzubringen...

Die Zukunft des Kartells.

Nach dem Parteitag der Radikalen.

Aus Paris wird uns geschrieben: Der Parteitag der Radikalen in Rizza hat, wenn er auch nicht in dem erwarteten Umfang...

Vertrauensvotum für Severing.

220 gegen 158! — Der abgeblühte Rechtsblock.

Im Preussischen Landtag hat der mit großem Trara angekündigte Vorstoß der Rechtsparteien gegen den preussischen Innenminister...

Die Regierungskoalition — Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten — stimmten geschlossen gegen die Demonstrationsanträge...

Um die Blamage noch größer zu machen, beantragte nunmehr die Volkspartei geänderte Abstimmung über das Ministergehalt...

Das Ganze war ein noch größerer Schwindel, als die Mißtrauenskomödie. Die Deutschnationalen hatten ihren Mißtrauensantrag überhaupt erst eingebracht...

Insmerhin blieb ja noch die Volkspartei Stresemanns in ihrer preussischen Wacht. Die war ja sicher. Die hatte nicht...

Annahme des persönlich anwesenden Ministerpräsidenten schuldig zu sein glaubte und die vor allem Herriot und die anderen Führer der Partei dazu bestimmt hat...

nur einen eigenen Mißtrauensantrag eingebracht, sondern war ja nach Leidigs Erklärung auch sonst sehr geladen!

Aber da ergab sich das Resultat der Abstimmung: mit 62 Stimmen Mehrheit war der Mißtrauensantrag abgelehnt. Prompt kommt der Antrag auf Sonderabstimmung über das Ministergehalt...

Die Lage ist also diese: Deutschnationale, Volkspartei und Kommunisten hatten die Möglichkeit, wenn auch nicht Severing zu stürzen, so doch seine Mehrheit sehr gering werden zu lassen...

Ran kam nur annehmen, daß beiden gemeinsam die Angst vor Neuwahlen in den Gliedern steck. Sie suchten nach außen den Schein zu wahren...

Wähler von Groß-Berlin!

Am nächsten Sonntag werdet Ihr Gericht halten über die deutschnationalen Volksbetrüger und ihre nationalliberalen Helfershelfer!

Wahltag sei Gerichtstag!

Nein? — Also: Ja!

Die Minister sind schon umgefallen, die anderen werden folgen.

In einem politischen Kreis, der die Anhänger aller politischen Parteien in sich vereinigte, fiel über den neuesten Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion das wichtige Wort: „Nichtkenner können ihn bedenklich finden.“

In der Tat, wir sind alle Kenner! Wir erlebten es, wie Herr Hergt am 28. August 1924 erklärte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“...

Was wir am Donnerstag, den 22. Oktober, erlebten, war nichts als eine Wiederholung des Spiels vom 29. August. Die Deutschnationalen werden nicht umfallen, sie sind es schon...

Der Reichstagsminister am Donnerstag: „Der Reichstagsminister und der Reichsaussenminister werden in der Donnerstagssitzung des Auswärtigen Ausschusses die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.“

Herr Stresemann war also vom Kabinett einstimmig bevollmächtigt, die Erklärungen abzugeben, die er im Auswärtigen Ausschuss abgegeben hat.

Herr Schiele war bis zu seinem Eintritt in die Regierung Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Die drei anderen Minister sind Vertrauensmänner der Deutschnationalen Partei.

Was ist geschehen? Es ist unter Anpassung an die veränderten Umstände genau dasselbe Tafschenpielerstück aufgeführt worden wie am 29. August vorigen Jahres.

Scheinbar ist nun die Situation so: Die deutschnationalen Minister sind von ihrer Fraktion desavouiert. Minister und Abgeordnete stehen scheinbar in zwei verschiedenen Lagern.

Die deutschnationale Fraktion „erklärt schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen wird, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird...“

des deutschen Volkes nicht gerecht wird und der einen Vertrag auf deutsches Land enthält? Aber diesem so gekennzeichneten Vertrag haben die deutschnationalen Führer im Kabinett — mit Ermächtigung der Fraktion — schon ihren Segen gegeben. Die anderen werden folgen, sobald die Reihe an ihnen ist, abzustimmen, sobald es für sie heißt: „Bogel frei oder stirb!“

Die Deutschnationalen tun jetzt so, als verlangten sie neue Verhandlungen. Aber, so kindisch sie auch sind, so kindisch sind sie doch nicht, daß sie neue Verhandlungen für möglich halten könnten. Die Verträge enthalten, wie sie wissen, die Klausel „no variatur“, d. h. „es darf nichts geändert werden“. Luther und Stresemann haben sich in Locarno der anderen Seite gegenüber verpflichtet, für die Verträge, so wie sie sind, einzutreten, wie das Chamberlain, Briand und Vandervelde in ihren Ländern gleichfalls tun werden. Sie würden wortbrüchig werden, wenn sie anders handeln wollten; neue Verhandlungen würden gar nicht zu standkommen, schon das offiziell geäußerte Verlangen nach ihnen würde alles zerschlagen.

Tatsächlich denken Luther und Stresemann nicht einmal im Traume daran, der unsinnigen Forderung der Deutschnationalen nachzukommen. Sie lehnen sie ab und befinden sich damit wiederum im Einvernehmen mit den deutschnationalen Ministern Schiele, Schlieben, Reuhaus und Ranig! Es sind eben nur Scheinforderungen, dazu bestimmt, denen, die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen. „Man so duhn“, sagt man in Berlin.

Die Ueberwindung des politischen Gauklertums, das sich deutschnationaler Postill nennt, ist eine Angelegenheit nicht nur der Moral, sondern auch der Intelligenz. Wenn die Deutschnationalen schließlich doch für Locarno stimmen werden, dann sollte, denken wir, wenn nicht für alle, so doch für Millionen der Zeitpunkt gekommen sein, an dem sie anfangen zu begreifen.

Der Vertrag von Locarno wird angenommen werden. Die Deutschnationalen aber werden daran zugrunde gehen, daß sie die Dummheit der Menschen überschätzt haben.

Westarps Wähler.

Der Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei sollte in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschlieung:

Der Vertrag von Locarno mit seinem Verzicht auf deutsches Land im Paragraphen 1, seiner Verweigerung des Versägliches Diktats und des Londoner Paktes im Paragraphen 6, seiner Preisgabe des deutschen Ostens durch die Schiedsverträge, seinem haltlosen Versprechen für den Westen, ist, zumal bei seiner tatsächlichen Untüchtigkeit, für den Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei gerade in allen diesen Hauptpunkten völlig unannehmbar. Der Landesverband fordert deshalb vom Parteivorstand, den Landesverbandsvorsitzenden und der Reichstagsfraktion die rückhaltlose Ablehnung dieses oder eines ähnlichen Vertrages im vollen Bewußtsein für alle Folgen, die hinsichtlich des Bestandes der gegenwärtigen Reichsregierung daraus entstehen.

Die Volkspartei mißbilligt Republikaner.

Vorstoß der Volkspartei gegen ihren Darmstädter Bürgermeister.

Darmstadt, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Darmstadt ist es zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Oberbürgermeister Dr. Gläffing, der Mitglied der Volkspartei ist, zu einem schweren Zerwürfnis gekommen. Die Partei hat dem Oberbürgermeister in einem offenen Schreiben ihr Mißtrauen zum Ausdruck gebracht. Der Oberbürgermeister antwortete ebenfalls in einem offenen Brief. In ihm wies er u. a. darauf hin, daß er die Interessen der Stadt und nicht die seiner Partei wahrzunehmen habe. Die Deutsche Volkspartei begründet nunmehr ihr Mißtrauensvotum in einem offenen Antwortschreiben wie folgt:

Die Erhebung.

Von Hans Kassa.

In einem ausländischen Kino war Festveranstaltung — ein hochpatriotischer Film wurde vorgeführt. Mitten drin erschien plötzlich das Bild des Königs auf der Leinwand. Sein Schnurrbart glänzte vor Würde und Kriegslust und all die vielen Orden auf seiner Brust, mit denen er von seinen Berufskollegen geschmückt worden war und andere, die — seiner außerordentlichen Verdienste wegen — er sich selber verliehen hatte, glänzten ordentlich mit. Eine glänzende, eine — wie der technische Ausdruck lautet — eine erlauchte Erscheinung auf der breiten Projektionsfläche, etwas slächtig, natürlich — das schadet aber den in der Mitte sitzenden Leuten nichts. Bloß, wenn man sie schief, d. h. von der Seite ansah, sagen wir von der äußersten Linken, kam sie in eine etwas kuriose, etwas selbstsam verzerrte Beleuchtung. Doch davon wollen wir später reden.

Die Kinotapelle begann sofort den Königsmarsch zu intonieren. Es war ein erhebender Augenblick. Die Gesamtheit der anwesenden Untertanen erhob sich denn auch von ihren Sitzen. Da sich aber darunter auch die auf der Galerie miterhoben, das richtige Volk, das sich mit seinen Einkünften keinen seinen Sitz dort unten zu Füßen der glänzenden Erscheinung leisten konnte, geschah etwas Feinliches: sie gerieten selber in den glänzenden Lichtkreis des Projektionsapparates, so daß von der Leinwand das dort befindliche Bild augenblicklich verschwand und statt dessen, riesengroß, fast drügend, die schwarzen Schatten von Arbeiterköpfen erschienen.

Das war nicht der Zweck der Uebung. Einige setzten sich sofort wieder erschrocken nieder. „Aufstehen!“ schrie ein Offizier. „Niederlegen!“ schrie der Kinooperateur. „Höhh“ antworteten einige schlechte Untertanen. „Ihr beide scheint die Situation noch nicht zu verstehen.“ Ihr seelischer Zustand war einfach: sie freuten sich. Die guten Untertanen dagegen waren in einem komplizierten Dilemma: Blieben sie stehen — ja, dann war es ja gar nicht mehr nötig, stehen zu bleiben, denn das Bild des Königs war dann nicht mehr vorhanden. Setzten sie sich aber deshalb nieder, dann war es Untertanengebot, sich sofort zu erheben; denn sofort erschien wieder das Bild des würdigen und kriegerischen Königs. Was um Himmelswillen sollten sie in dieser Zwickmühle anfangen?

Im Parterre sahen zwei Deputierte der Königspartei. Der eine war Idealist. Er sagte: „Ich sehe keine Silhouetten von Arbeiterköpfen, ich sehe kein Volk. Ich sehe einfach nichts. Ich sehe, ganz wie vorher, immer nur das Bild des Königs vor mir.“ — „Rein“, sagte sein Freund, der praktischer dachte, „so kann man das Problem nicht lösen. Das Problem steckt in dem völlig sinnwidrigen Brauch, daß sich das Volk zum Zeichen der Verehrung just erheben muß. Erheben! Es ist immer gefährlich, wenn das Volk

„Wir erinnern Sie daran, daß wir schon vor längerer Zeit anlässlich Ihrer Bemühungen, in der Stadtverordnetenversammlung einen Platz der Republik durchzusetzen, in einer sehr ersten Aussprache den politischen Gegensatz zu Ihnen feststellen mußten. Sie haben sich damals zwar darauf berufen, daß andere Oberbürgermeister, die der Deutschen Volkspartei angehören, in ähnlicher Weise vorgegangen sind. Nun haben Sie neuerdings den Gegensatz auf das schärfste öffentlich hervortreten lassen, daß Sie gegenüber sozialdemokratischen Angriffen wegen Nichtbeteiligung der Stadtverwaltung an der Reichsbannertagung in Darmstadt sich ausdrücklich entschuldigen zu müssen geäußert haben, und zwar in einer Weise, die Ihr Ansehen in weitesten Kreisen der Bevölkerung untergraben hat. Ein solches Verhalten des Oberbürgermeisters, der aus unseren Reihen hervorgegangen ist, vermögen wir nicht mehr zu decken, und haben Ihnen deshalb zur Vermittlung schädigender Rückwirkungen auf uns selbst unsere Mißbilligung ausgesprochen.“

Eberts Grabmal.

Enthüllung am 31. Oktober.

Nach einer bei der Stadtverwaltung in Heidelberg eingegangenen Mitteilung des Bureaus des Reichspräsidenten soll das Grabmal Friedrich Eberts der Deputat der Stadt Heidelberg nicht am 1. November, sondern bereits am 31. Oktober übergeben werden, allerdings unter der Voraussetzung, daß bis dahin die Arbeiten beendet sind. Bis zur Stunde steht noch nicht fest, wer an der Feier im Auftrage der Reichsregierung teilnehmen wird. Bisher ist nach der „Voss. Ztg.“ nur bekannt, daß Frau Luise Ebert und ihre Kinder bei der Uebergabe zugegen sein werden.

Trothas Erinnerungen.

Getrübt und ungenau.

Zu der Aussage des Admirals v. Trotha im Münchener Dolchstoßprozeß teilt uns Genosse Ruttner mit:

„Herr Admiral von Trotha hat über eine Unterredung ausgefragt, die er im November 1918 in der Redaktion des „Vorwärts“ mit mir über den Sinn des letzten Flottenvorkohes gehabt habe. Da ich in derselben Sache als Zeuge geladen bin, so will ich mich zu der Darstellung des Herrn Admiral v. Trotha sachlich einstimmen nicht äußern. Trifft der Bericht zu, so hat Herr v. Trotha selber zugegeben, daß seine Erinnerungen an dieser Unterredung bereits verblaßt und ungenau sind.“

Meine Erinnerung ist noch sehr fest und wird durch gewisse urkundliche Belege unterstützt. Ich werde nicht verfehlen, den Inhalt der Unterredung nach meiner genaueren Erinnerung dem Gericht vorzutragen und kann vorläufig nur davor warnen, aus der einseitigen und ungenauen Darstellung des Herrn Admirals v. Trotha irgendwelche Schlüsse auf den tatsächlichen Hergang der Unterredung zu ziehen.“

Cosmanns Zeugen.

München, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Landgerichtsrat Döring führte im Cosmannprozeß weiter aus: Mit der gleichen Sicherheit, mit der ich sagen kann, daß die Sozialdemokratie gegen die Reuterei war, muß ich behaupten, daß alles, was vorgekommen ist, zurückzuführen ist auf Leute, die sich als Anhänger der USP. bekennen. Der Kopf der Organisation war, wenigstens nach der Angabe des Reichspietisch, im Fraktionszimmer der USP. im Reichstag, die Abgeordneten Dittmann, Hoafe, Ledebour und Bogherr. Der kritische Punkt, um den sich die ganze Sache drehte, war die Konferenz von Stockholm am 15. August 1917.

Der Zeuge schildert dann ausführlich den Verlauf der Reuterei auf den Schiffen „Prinzregent Luise“, „Westfalen“, „Friedrich der Große“ und die Tätigkeit der „Rädesführer“ Reichpietisch, Köwes, Sasse und Seders. Seders hat in seiner Aussage erklärt, daß sie entschlossen waren, das, was sie als den Willen der USP. kannten, mit Gewalt durchzusetzen, nämlich die sofortige Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsschädigung. „Nach meiner heutigen Auffassung haben die

genannten Abgeordneten der USP., zu denen sich noch Frau Zieh gestellt, die ganze Reuterei vielleicht nicht inauguriert, aber in jeder Weise beeinflusst und gefördert. Auch der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Herre ist damals stark herangezogen.“ — Das Gerichtsverfahren gegen die Reuterei erdele befamtsch mit der Erziehung von Reichpietisch und Köwes, die anderen Angeklagten erzielten zusammen über 200 Jahre Zuchthaus.

Auf eine Frage des R.-A. Pestalozza:

warum gegen Dittmann und Genossen durch den Oberreichsanwalt nicht wegen Landeserrat vorgegangen wurde,

erklärt der Zeuge: Das Marinegericht verurteilte diese Anklage zu erwirken, ist aber aus politischen Gründen nicht durchgebrungen. Der Oberreichsanwalt sagte, daß er nur im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes handeln könne, und dieser Auftrag erfolgte niemals. Nach einer nachträglichen Untersuchung äußerte der Oberreichsanwalt: Der äußere Tatbestand von Landeserrat sei zweifellos gegeben, für den inneren Tatbestand könne er aber Zwingendes nicht nachweisen. Jedenfalls sei die moralische Mißschuld der USP.-Abgeordneten gegeben.

Der Zeuge zitierte dann aus einem Protokoll einer Sitzung des Reichsanwalters mit einer Reihe von Abgeordneten (25. August 1917) verschiedene Einzelheiten. Der Abgeordnete Ebert sagte damals, jeder Versuch, die Landeserrattagung zu fördern oder zu schwächen, sei nicht billigenwert. Da auch Admiral von Trotha bei dieser Sitzung im Reichsanwalterspalais anwesend war, wurde er nochmals ausgerufen und erklärte, daß er in jener Sitzung gesehen habe, wie die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie zwar so schnell wie möglich den Frieden wollten, wie jeder andere auch, daß sie aber gleichzeitig den Widerstand des deutschen Volkes in der heiligen Verteidigung des Vaterlandes zur vollen Geltung gebracht haben wollten.

R.-A. Pestalozza: Sind dem Zeugen Tatsachen über den Umfang der USP.-Organisation in der Marine 1917 bekannt? Zeuge Döring: Mit Sicherheit kann ich nichts angeben. Soviel ich mich erinnere, kommen 12 000 bis 14 000 Mann in Frage. Pestalozza: In dem Magdeburger Rothardt-Prozeß hat der Abgeordnete Dittmann als Zeuge erklärt, daß er nie an der Reuterei in der Flotte teilgenommen habe. Ich beantrage deshalb, den Abg. Dittmann als Zeugen zu bitten und ihn zu laden.

Als nächster Zeuge wird dann der ehemalige Kontreadmiral Heinrich vernommen, der von 1916 bis zum Schluß des Krieges Chef der gesamten Torpedostreitkräfte war. Er erklärte ausdrücklich unter seinem Eid, daß er in keinem Befehlsbereich bis zum Kriegsende niemals eine Mißstimmung erlebt habe und daß auch die militärischen Leistungen seiner Truppe bis zum Schluß sich in aufsteigender Kurve gehalten hätten. Gerüchweise sei ihm öfter Mitteilung von Unterwürfung der Marine durch gewisse politische Parteien gemacht worden und er habe die Ueberzeugung, daß diese Mißstimmung planmäßig und von langer Hand vorbereitet worden war. Er für seine Person halte diese Dinge für absolute Wahrheit, aber beweisen könne er sie nicht. Einzelheiten über Sabotage und Reuterei erzählte dann der Zeuge aus den letzten Tagen des Oktober, wo bekanntlich die Mannschaften der Schiffe „Lann“, „Derfflinger“, „Martha“, „Stronprinz“ und „Hüningen“ sich weigerten, zu dem beabsichtigten Vorstoß in den Kanal auszufahren.

Was Geistes Kind dieser Zeuge ist, ging mit aller Deutlichkeit aus der Beantwortung von Fragen des Verteidigers hervor. Er erklärte unter seinem Eid:

„Daß nach seiner Kenntnis Scheidemann und seine Partei im Juli 1918 die Kriegskredite verweigert hätten. (I).“

Auf Vorhalt schränkte er seine Aussage dann dahin ein, daß Scheidemann damals jedenfalls eine Heerde gegen die Kriegskredite gehalten habe; ob er gegen sie gestimmt habe, wisse er nicht mehr genau. Da seine weiteren Aussagen stets eine deutliche Spitze gegen die Sozialdemokratie enthalten, fragt ihn Dr. Hirschberg, ob er denn keinen politischen Unterschied zwischen Scheidemann und Liebknecht ferne. Darauf erklärte der Herr Kontreadmiral: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Scheidemann ist gleich Liebknecht!“ Am Schluß mühte dieser Flottenführer nicht einmal, von wem das sofortige Verlangen nach Waffenstillstand am 29. September 1918 ausgegangen war, ob von der Obersten Heeresleitung oder von der Reichsregierung. Nach seiner Meinung habe dieses Angebot an die Feinde auf die Haltung der Truppe und der Marine auch gar keinen Einfluß ausgeübt!

Nächste Sitzung Freitag.

Katharina v. Oheimb, die frühere volksparteiliche Abgeordnete ist der Wirtschaftspartei beigetreten.

überhaupt sichtbar wird. Es ist am gefährlichsten, wenn der Kopf des Volkes oben ist. Die orientalischen Könige sahen ihn viel lieber vor sich im Staub liegen. Die schreckliche Situation da im Kino hätte sich erspart, wäre dieser Brauch auch hierzulande üblich. Ich werde demnächst einen diesbezüglichen Antrag stellen.“

Über selbst diese Aussicht konnte die Situation für den Moment nicht lösen. Einzig und allein der Königfilm selber, der unaufhaltsam weiterrollte, seinem Ende zu, um dann der Komödie „Jod, der Abenteuer“ Platz zu machen.

Die „gefährliche“ Bildung.

Von Dr. Alfred Korach.

Ein ganz merkwürdiger beobachtungspolitischer Sachverständiger und Schulpolitiker in einer Person ist zweifellos der Leipziger Hygiene-Professor Kruse. Er äußerte sich vor kurzem zur Frage der Fortpflanzung der Tüchtigen auf einer Tagung in Bonn in folgender Weise:

Eine Fortpflanzung der Tüchtigen sei heute besonders nötig, weil feststehe, daß gerade sie dem Zuge der Welt nach künstlicher Geburtenbeschränkung am meisten nachzugeben pflegten. Neben der Frühebe empfahl nun Herr Kruse, man möge „standesgemäße Kinderzulagen“ trotz der heute bestehenden Sucht zur Gleichmacherei bewilligen. Offenbar hält er die Gewährung derartiger Zulagen für die Arbeiter, Angestellten und die Beamten der unteren Berufsgruppen nicht für erforderlich.

Es kommt aber noch besser. Herr Kruse meint: „Diese Förderung der Tüchtigen darf aber nicht, wozu heute große Reizung besteht, zur künstlichen Züchtung eines gebildeten Proletariats ausarten.“ Diese Sätze sind offenbar gedacht als Auffahrt für die Worte der „freien Bahn der Tüchtigen“, wie Herr Professor Kruse sie ausspricht, erachtet nach dem alten aristokratischen Grundgesetz von der Gefährlichkeit der Bildung!

Dann heißt es aber in den Kruseschen Zeilen weiter: „Gewiß enthalten auch die ungebildeten Klassen viele wertvolle Anlagen, ihre Entwicklung soll man unterstützen. Wenn man aber alles, was über dem Durchschnitt steht, von den Volksschulen auf die höheren Schulen schiebt, erschöpft man nur die Kraft, die in den Massen steckt.“

Die dritten Zeilen nannte man bisher Arbeiter, Angestellte, Bauern oder auch kurzweg Proletariat. Herr Professor Kruse nennt sie „die ungebildeten Klassen“. Für diese freundliche Bezeichnung ist das Proletariat Herrn Kruse nicht gerade zu Dank verpflichtet. Was die Volksschullehrerschaft zu dieser Aeußerung sagt, muß man abwarten. Hoffentlich befehrt sie Herrn Kruse, daß es im deutschen Reich keine Analphabeten gibt, und nimmt die Gelegenheit wahr, auf die Güte der deutschen Volksschule hinzuweisen, die ja von den „ungebildeten Klassen“ besucht zu werden pflegt. Vielleicht hört Herr Kruse dann auch wieder einmal die schöne Geschichte, wie der preussische Volksschullehrer den Krieg 1870/71 gemann. Dann wird er vielleicht seine Meinung über die „Unbildung“ der Arbeiterbevölkerung nachträglich ändern. An politischer Bildung und Schulung werden sich bestimmt viele

Lauende von Arbeitern mit zahlreichen Professoren messen können! Weiter sei bemerkt, daß kein vernünftiger Kulturpolitiker jemals verlangt hat, einen übermäßig großen Teil der Schüler auf die höheren Lehranstalten zu schieben. Heutzutage haben aber immer noch zahlreiche hochbegabte Schüler, die aus der Arbeiterklasse stammen, keine „Freiheit des Zutritts“ zu den höheren Schulen. Dieses schreiende Unrecht der Zeitzeit gilt es zu beseitigen.

Wenn demgegenüber Herr Professor Kruse davon spricht, man strebe danach, alles, „was über dem Durchschnitt ist“, auf die höheren Schulen zu schieben (offenbar denkt er an sozialdemokratische Kreise), so kann man darauf nur antworten: Herr Kruse kennt die heutigen Verhältnisse auf diesem Gebiete vermutlich gar nicht genügend: seine Aeußerungen hierzu sind jedenfalls nicht gerade „über dem Durchschnitt“.

Dieser Umstand bildet ja aber kein Hindernis dafür, daß der Reichsinnenminister, Herr Schiele, einen so werbetätigen Mann wie Herrn Professor Kruse als Mitarbeiter für die weitere Ausgestaltung des herrlichen neuen Reichsstaatsentwurfs gewinnt. Woran auch nicht? Wäre Herr Professor Kruse überdies weiter entfernt von der Altersgrenze, als er es ist, und seines Zeichens nicht Arzt, sondern Pädagoge, so würde er sicherlich nach dem Beschmaß der Reaktion auch einen samosen Berliner Stadtschulrat abgeben.

Gesellschaft ehemaliger politischer Gefangener. Die große Umwälzung in Rußland brachte mit dem Sturz des Zarismus zahlreiche Gefangenen die Freiheit, die wegen revolutionärer Umtriebe eingekerkert waren. Diese ehemaligen Gefangenen haben eine Gesellschaft gegründet, die jetzt in dem Sowjetstaat mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Vor kurzem hat sich dieser Verband veranlaßt gesehen, eine genaue Sichtung der Mitglieder vorzunehmen, da der Verdacht bestand, daß auch Verdächtige sich der Gesellschaft unter der Vorpiegelung angeschlossen hätten, daß sie wegen politischer Vergehen eingekerkert bzw. nach Sibirien verbannt gewesen wären, während es sich tatsächlich um gewöhnliche Kriminalverbrecher gehandelt hätte. Auf Grund dieser Untersuchung sind 791 Personen aus der Gesellschaft ausgeschlossen worden, die zwar keineswegs alle Kriminalverbrecher begangen hatten, aber doch aus verschiedenen Gründen als ungeeignet zur Mitgliedschaft befunden wurden. Zu diesen gehörten u. a. 170 Personen, die seinerzeit Begnadigungsgesuche an die Jarenregierung gerichtet hatten. Es verbleiben nunmehr in dem Verbande 1620 Personen. Diese haben zusammen 10 086 Jahre in Gefängnissen bzw. in den Bergwerken Sibiriens verbracht. Die Gesellschaft will jetzt ein Museum gründen, in welchem das Leben der Straflinge in der sibirischen Verbannung durch Bilder, Dokumente usw. dargestellt werden soll.

Die Johann-Strang-Feier in der Städtischen Oper am 24. d. M. erzählt eine besondere Aniehungskraft durch die Mitwirkung der Sängersängerin Elisabeth Schumann. Wien, die für die erste Frau Galters Dür eingetragenen ist und die Rolle der Uebe singen wird. Eine Beschreibung erzählt das Programm durch die endgültige Julone von Lucie Riechelhausen-Wien, die den „Wanzen-Donau-Walzer“ tanzen wird.

Die Galerie J. Esper, Kurfürstendamm 233, eröffnet eine Ausstellung von Gemälden von Lore Feldberg-Hamburg. Außerdem werden Zeichnungen deutscher Impressionisten gezeigt.

Der autonome Generalzolltarif. Die sozialpolitische Gefrierfleischfrage.

Die Bearbeitung des umfangreichen Zolltarifwerkes, das über 1000 Positionen enthalten wird, schreitet nur sehr langsam vorwärts. Wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfährt, gehen die Verhandlungen mit den Interessentenverbänden nicht so voran, wie es gewünscht werden möchte. Es wird daher daran gezweifelt, ob es möglich sein wird, das endgültige Zolltarifgesetz so rechtzeitig abzuschließen, daß es bis 31. Juli 1927, bis zu dem Tage also, an dem die Zolltarifnovelle außer Kraft tritt, parlamentarisch erledigt ist. Man rechnet daher mit einer Verlängerung der Geltungsdauer der im Sommer verabschiedeten Zolltarife. Auf Grund staatlicher Feststellungen hat der Reichstag ein zollfreies Einfuhrkontingent von 90 000 Tonnen Gefrierfleisch bewilligt. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Menge für den deutschen Bedarf nicht zureicht. Es liegen bisher schon Anträge auf Einfuhr von über 200 000 Tonnen vor, wobei die beantragenden Firmen nachweisen können, daß sie im Vorjahre schon ähnliche wie die jetzt nachgesuchten Mengen eingeführt haben. Da aber die Grenze von 90 000 Tonnen gesetzt ist, werden nur Teile des deutschen Gefrierfleischbedarfes gedeckt werden können.

Defizit im Thüringer Etat.

Die Finanzwirtschaft der Ordnungsbundregierung.

Welmars, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Dem Thüringer Landtag ist dieser Tage der Haushaltsplan für 1925 zugegangen. Danach beziffern sich die gesamten ordentlichen Ausgaben des Landes Thüringen im Voranschlag auf 115,56 Millionen gegen 95,87 Millionen im Jahre 1924. Das bedeutet eine Steigerung der Ausgaben um 19,69 Millionen. Im außerordentlichen Haushaltsplan sind 15 684 Millionen eingelegt. Die Steigerung der Ausgaben hat ihren Grund im Mehrbedarf für persönliche Ausgaben. Dabei brachte der Beamtenabbau in Thüringen den Wegfall von 778 Beamte und 675 Angestellten. Das macht unter Berücksichtigung der Pensionskosten eine Ersparnis von 2,7 Millionen Mark. Eine Forderung des Innenministers, die Landespolizei von 1200 auf 1300 Beamte zu erhöhen, wurde fallen gelassen. Mit der Durchführung der Aufwertung in Thüringen sind 40 nicht planmäßige Beamte beschäftigt.

Auch die Einnahmen sind weniger durchweg eine erhebliche Steigerung auf. Trotzdem reichen jedoch die veranschlagten Einnahmen nicht zur Deckung der Ausgaben aus. Die gesamten Staatseinnahmen sind auf 102 517 Millionen veranschlagt. Hiervon entfallen 57 799 Millionen auf Steuern, und zwar 32 549 Millionen auf den Landsteuern an den Reichsteuern, 24 500 Millionen auf die Landessteuern und 750 000 M. auf die Zuschläge zur Grunderwerbssteuer. Da es bisher Thüringen noch nicht gelungen ist, zu erträglichen Bedingungen Anleihen aufzunehmen, sind die außerordentlichen Ausgaben bis jetzt zum größten Teil aus laufenden Einnahmen bestritten worden. Das hat dazu geführt, daß die ordentlichen Betriebsmittel der Landeshauptkasse fast erschöpft sind und die geordnete Fortführung der Finanzwirtschaft des Staates sehr erschwert ist.

Berufskrankheiten und Unfallversicherung.

Welche Berufskrankheiten werden von der Unfallversicherung erfasst?

Wir haben leider noch immer kein großes Sozialversicherungsgesetz, in dem alle sozialpolitischen Gesetze einheitlich, wohlgegliedert und übersichtlich zusammengestellt wären. Die Reichsversicherungsordnung, die ein solches Werk sein sollte, mußte unter dem Zwang der Krieg- und Nachkriegsverhältnisse immer wieder umgestaltet werden. Die Unmasse neuer Gesetze und Verordnungen ist kaum noch für den Fachmann zu überblicken.

Der Arbeiter, der sich nicht einem Fachstudium seiner sozialpolitischen Rechte und Pflichten widmen kann, verläßt es nicht selten, seine Ansprüche bei den verschiedenen Versicherungsträgern geltend zu machen, weil er die Gesetze nicht genügend kennt. Besonders gilt das für gefährliche Bestimmungen, die nur einen kleineren Personalkreis umfassen, aber die noch nicht sehr lange in Kraft sind. Beides trifft zu bei der seit 1. Juli dieses Jahres erfolgten Ausdehnung der Unfallversicherung auf einen Teil der gewerblichen Berufskrankheiten. Es handelt sich dabei um folgende Berufskrankheiten:

1. Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen,
2. Erkrankungen durch Phosphor,
3. Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen,
4. Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen,
5. Erkrankungen durch Beryll oder seine Homologen, Erkrankungen durch Nitro- und Amidoverbindungen der aromatischen Reihe,
6. Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff,
7. Erkrankungen an Hautreizen durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe,
8. Grauer Star bei Glasmachern,
9. Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie,
10. Bournkrankheit der Bergleute,
11. Schnoebberger Augenkrankheit.

Außerdem wurden nach der geltenden Rechtsprechung seither schon von der Unfallversicherung erfasst:

1. Mißbrand,
2. Raufschand,
3. Raub,
4. die Strahlenpilzkrankheit,
5. die sogenannte Cassionkrankheit, das sind Schädigungen, die durch die Einwirkung hohen Luftdrucks oder durch den Wechsel des Luftdrucks bei und nach der Arbeit in sogenannten Taucherglocken oder dergleichen entstehen,
6. Infektionskrankheiten, z. B. Syphilisübertragung bei Glasbläsern,
7. Vergiftungen infolge einmaliger oder kurzdauernder Einatmung giftiger Gase, z. B. die sogenannte Kroatengastrkrankheit.

Aus der großen Zahl der gewerblichen Berufskrankheiten sind auch nach den neuen Bestimmungen nur die allerwichtigsten ausgewählt. Den Kreis der Berufskrankheiten wesentlich weiter zu ziehen, für die von den Berufsgenossenschaften Unterstützungen zu leisten sind, muß das Bestreben der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter sein.

Nicht nur wegen der höheren Unterstützung, die den Opfern ihrer Berufsarbeit ausgezahlt wird, ist die Einbeziehung in die Unfallversicherung wichtig. Von großer Bedeutung ist daneben auch die sogenannte Uebergangsgrenze, die es den erkrankten Arbeitern erleichtert, einen weniger gesundheitsschädlichen Beruf zu ergreifen.

Die Regierung von Chosha gehorcht England nicht. Der englische Bevollmächtigte hat die Regierung in Chosha erwidert, die Verkündung der aus der Mongolei in Tibet eingetroffenen hier russischen Propagandisten zu veranlassen. Die tibetanische Regierung hat das englische Eruchen abgelehnt.

Zu der Ermordung des kanadischen diplomatischen Kuriers in Russland wird bekannt, daß dieser eine große Summe in Dollars und Pfundnoten bei sich hatte, die bei der Leiche nicht gefunden wurden. Es scheint also ein Raubmord vorzuliegen und die Sowjetpolizei soll das Supersonal verhaftet haben.

Der mazedonische Konflikt.

Alliierte Vermittlung in Athen.

Athen, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Rendis hat seine Demission eingereicht, die Ministerpräsident Pangalos annahm. An die Stelle Rendis' tritt der bisherige Kriegsminister. Es verlautet, daß Rendis mit der Festlegung der Neuwahlen auf den 7. März 1928 nicht einverstanden ist. In Wirklichkeit aber dürfte der Rücktritt mit der Aktion gegen Bulgarien im Zusammenhang stehen, die in England und Frankreich große Zustimmung hervorgerufen hat. Infolge der ultimativen Forderungen, die Rendis stellte, sprachen am Donnerstag der britische und der französische Gesandte bei der Regierung vor. Der Erfolg war, daß das beschriftete Ultimatum aufgehoben wurde. Man erwartet jetzt eine umgehende Antwort der bulgarischen Regierung.

England denkt nicht an Krieg.

London, 22. Oktober. (T.M.) Das britische Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, daß es in keiner Weise am griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt interessiert sei. Das Außenministerium ist der Ansicht, daß keine der beiden Mächte über die für einen Krieg notwendigen Mittel verfüge, und daß die Angelegenheit in mehreren Tagen auf friedlichem Wege geregelt werde.

Bulgarische Anklage gegen Griechenland.

Das Pressbureau der Bulgarischen Gesandtschaft in Berlin teilt auf Grund der bisher aus Sofia eingetroffenen Meldungen über den Grenzzwischenfall zwischen Bulgarien und Griechenland folgendes mit: Sofort nach der Tötung des griechischen Soldaten auf bulgarischem Gebiet, haben die Bewegungen und Konzentrierungen größerer griechischer Streitkräfte, die, wie aus allem ersichtlich, schon in Bereitschaft gehalten waren, stattgefunden. Nach einer Befehlsgebung von griechischer Seite, welcher die Bulgaren vergebens sich bemühten ein Ende zu machen, haben bedeutende griechische Kräfte, mit Artillerie versehen, was in diesen Gebirgsregionen sehr auffallend ist, von allen Seiten die bulgarischen Grenzposten 9, 10 und 11 angegriffen, besetzt und sind dann in das bulgarische Territorium eingedrungen. Dabei wurden fünf bulgarische Soldaten getötet. Die bulgarische Stadt Petritsch ist schon von griechischer Artillerie beschossen worden. Das Vorhandensein so großer griechischer Militärkräfte an der Grenze und deren Eindringen in das bulgarische

Gebiet zusammen mit dem Umstande, daß die griechische Regierung den dreimal wiederholten Vorschlag der bulgarischen Regierung auf Einsetzung einer Untersuchungskommission ostentativ unbeantwortet gelassen hat, ergibt die Feststellung, daß wir es in diesem Falle mit einem von griechischer Seite lange vorbereiteten Angriff zu tun haben.

Die griechische Darstellung.

Athen, 22. Oktober. (Agence d'Athènes.) Die der bulgarischen Gesandtschaft in Athen überreichte Verbalsnote der griechischen Regierung wurde auch dem griechischen Geschäftsträger in Sofia gesandt, der sie der bulgarischen Regierung ausshändigen wird. Die Note beginnt mit einer Darstellung des Grenzzwischenfalles. Danach griffen am 19. Oktober um 2 Uhr nachmittags bulgarische Truppen den griechischen Grenzposten Nr. 69 im Gebiet von Demir Hisar an und töteten die griechische Schutzwache. Da auf der ganzen Linie vom Posten 67 bis zum Posten 66 geschossen wurde, begab sich der Hauptmann der griechischen Detachementkompanie sofort nach vorn und befahl, das Feuer einzustellen, was unverzüglich geschah. Als sich aber der Hauptmann mit einer weißen Fahne den bulgarischen Posten näherte, um sich mit den Offizieren zu verständigen, wurde er erschossen. Das Feuer dauerte dann bis zum Abend an. Die Bulgaren zogen ein Bataillon heran, das mit Maschinengewehren versehen war, und besetzten die Höhen, die die griechischen Stellungen beherrschten. Das griechische Bataillon Nr. 69 wurde von ihnen eingenommen. In der Nacht zum 20. gelang es den inzwischen versträrkten griechischen Posten, alle verlorenen Stellungen mit Ausnahme des Blockhauses zurückzuerobern. Die Note weist dann darauf hin, daß sich bulgarische Truppen nach jetzt auf griechischem Gebiet aufhalten; der griechische Oberkommandierende habe Befehl erhalten, dem Einbruch der Bulgaren Einhalt zu tun und alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm zur Sicherung des nationalen Gebiets geeignet erscheinen. Die griechische Regierung könne, ohne die nationale Würde preiszugeben, bei einem solchen unprovozierten Angriff nicht gleichgültig bleiben und verlange von der bulgarischen Regierung, daß sie ihr Bedauern offiziell ausdrücke, die Schuldigen bestrafe und den Familien der Opfer eine Entschädigung von 6 Millionen Drachmen zahle.

Der Fall Kafosi.

Neuaufgabe des Weißen Terrors in Ungarn?

Aus Budapest wird gemeldet, daß das standgerichtliche Verfahren gegen den Moskauer Sendling Kafosi und seine Genossen begonnen hat. Diese Nachricht kommt überraschend, nachdem erst vor wenigen Tagen beruhigendere Meldungen über das Schicksal der Verhafteten verbreitet worden waren. Die Geheimjustiz und die auffällige Eile der ungarischen Behörden müssen allerdings den Verdacht verstärken, daß es sich bei dem ganzen „Gerichtsverfahren“ um eine Justizkomödie handelt und daß das Todesurteil schon fix und fertig ist.

Mathias Kafosi war während der kommunistischen Episode in Ungarn stellvertretender Volksbeauftragter für Handelsangelegenheiten und hat als solcher eine absolut unbedeutende Rolle gespielt. Er vermochte rechtzeitig zu flüchten und war in den folgenden Jahren an verschiedenen kommunistischen Missionen beteiligt, hat sich aber vor ungarischen Angelegenheiten ferngehalten. Um so größeres Aufsehen erregte es, als ihn die Budapest Polizei Mitte vorigen Monats plötzlich auf offener Straße verhaftete. Die Komintern hatte ihn illegal nach Ungarn geschickt, um den linken Flügel der ungarischen Arbeiterschaft agitatorisch im Sinne Moskaus zu beeinflussen, aber alsbald nach seiner Ankunft fiel er in der Hand der wohlinformierten Polizei.

Die Festnahme Kafosis wurde zu einer Staatsaktion größten Stils aufgeführt. Man veranstaltete ein Festakzessions auf alle Personen, mit denen Kafosi während seines kurzen Budapest Aufenthaltes auch nur zwei Worte gewechselt hatte; man verhaftete Halo über Kopf alle prominenten Mitglieder der Bogi-Partei, einer kleinen linkssozialistischen Gruppe, die mit den Kommunisten gar nichts zu tun hat; man orakelte über das Bestehen eines grauenvollen bolschewistischen Komplottes, das nur durch die fabelhafte Tüchtigkeit der Polizei aufgedeckt und verhindert worden sei. Die ganze Demonstration sollte in eine neue Terrorstimmung hineingehört werden. Die offensichtlichsten Missetaten sind allerdings bald entlarvt worden. Eine angebliche kommunistische Konferenz in Wien, in der Bela Kun persönlich die Vorbereitungen für den neuen Umsturz geleitet haben soll, ist inzwischen von der Wiener Polizei als hohlebühnenes Schwindel festgestellt. Der in Budapest verhaftete jugendliche Balogh, den man zuerst als Sekretär und Vertrauensmann Bela Kuns bezeichnete, mußte schon nach wenigen Tagen auf freien Fuß gesetzt werden, da er nachweisen konnte, daß er nicht das geringste mit der Sache zu tun gehabt hat. Und trotz eifrigem Forschen und tollkühnem Aufwand konnte die Budapest Polizei kein einziges Waffenlager, keine einzige Geheimdruckerei, nichts — aber auch gar nichts entdecken, das Bestehen eines Komplottes zu beweisen. Es handelte sich eben bei der Budapest Reise Kafosis um keine Putschvorbereitung, sondern um den Versuch, linksradikale Propaganda zu treiben — ein Versuch, der gar nicht zur Ausführung gelangen konnte, da der Moskauer emissär schon so bald verhaftet wurde.

Zwei Budapest Zeitungen — „Népszava“ (sozialdemokratisch) und „Bida“ (bürgerlich) haben genaue Berichte über schwere Mißhandlungen der Verhafteten gebracht. Die ungarische Regierung hat nicht etwa diese Meldungen auf ihre Richtigkeit nachgeprüft, sondern gegen die beiden Blätter wegen „Schmähung der ungarischen Nation“ (1) ein Strafverfahren eingeleitet. Der Vertreter einer ausländischen Zeitung, der sich von dem Bestehen der Befangenheiten persönlich überzeugen wollte, wurde von der Geschäftsverwaltung in plumper Weise getäuscht, indem man ihm — der der ungarischen Sprache nicht mächtig ist — Häuflein vorführte, die vor vier Monaten in einer ganz anderen Angelegenheit festgenommen worden waren! Die Tatsache, daß mehrere Kommunisten im Gefängnis in einen Hungerstreik eingetreten sind, ist wohl eine Bestätigung der Meldungen von den schweren Mißhandlungen, denen die Befangenen ausgesetzt sind.

Kafosi und Genossen sollen nunmehr standgerichtlich wegen Aufruhr abgeurteilt werden. Im Falle der Schuldsprechung kann nur das Todesurteil gefällt werden, das binnen kürzester Frist zu vollstrecken ist. Gegen einen solchen Justizmord muß von vornherein schärfster Protest eingelegt werden. Die Dorthu-Regierung, die ihre Entstehung selbst der brutalen Gewalt verdankt, hat am allerwenigsten das Recht, sich über die Empörung der von ihr unterdrückten Volksmassen zu beklagen, selbst

wenn diese Empörung in einigen kleinen Kreisen die Form romantischer Verschwörungserfahrungen angenommen haben sollte. Sie hat auf keinen Fall ein Recht, mit Todesurteilen gegen Personen vorzugehen, deren „Verbrechen“ im schlimmsten Fall darin besteht, verbolene Propaganda versucht zu haben.

Der ungarische Unterrichtsminister Graf Ruzsa Klebelsberg ist in diesen Tagen in einer kulturellen Mission in Berlin. Es muß ihm gesagt werden, daß das Kulturleben eines Staates nach seinen politischen und rechtlichen Verhältnissen zu beurteilen ist. Die ungarische Regierung wird nicht müde, zu erklären, daß der Weiße Terror in Ungarn eine überwundene Erscheinung sei. Gefangenemittelhandlungen, Tendenzprozesse und Schandurteile vertragen sich mit dieser Behauptung sehr schlecht. Wenn die ungarischen Regierungsorgane Wert darauf legen, als Kulturaktoren angesehen zu werden, so dürfen sie ihre Worte nicht durch ihre Taten Lügen strafbar lassen. Der Fall Kafosi wird ein Prüfstein dafür sein, wie weit die angebliche Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse Ungarns in Wirklichkeit vorgeschritten ist. Wir hoffen, daß Graf Klebelsberg von dieser Aufklärung der öffentlichen Meinung des republikanischen Deutschland Kenntnis nimmt und sie nach seiner Heimat meldet.

Die Verklavung Südtirols.

Wo bleibt der völkerrechtliche Minderheitenschutz?

Die Italiener haben in Bozen zuerst das sozialdemokratische Tagblatt „Volksrecht“ ums Leben gebracht, wobei die Behörden Schmiere standen. Jetzt hat der Präsekt die Zeitung „Bandomann“ wegen ihrer Verteidigung des Deutschtums verboten. Nun stellen auch die „Bozener Nachrichten“ nach 37-jährigem Bestehen mit folgender Begründung ihr Erscheinen ein:

„Soll eine Volkzeitung ihre Aufgabe erfüllen können, so müssen ihre Nummern auch wirklich an die Bezahler gelangen. Ihr Inhalt muß von der Leserschaft verfolgt werden können, und es muß ihr möglich sein, der Palmetischer der Anliegen, Wünsche, Gefühle und Rechte der Bevölkerung zu sein. Die Entscheidung der Dinge hat gezeigt, daß diese Bedingungen für unser Land kaum mehr vorhanden sind bzw. daß Hindernisse am Werke sind, die es kaum mehr möglich machen, die Leserschaft zurückzuführen. Diese Tatsache hat bei den Herausgebern den Entschluß reifen lassen, das Blatt, welches sie mit großen materiellen Opfern, verteilt auf wenige Schultern, bis heute durchgehalten haben, mit dem heutigen Tage einzustellen.“

So erscheint jetzt in Südtirol vorläufig keine große Zeitung mehr in deutscher Sprache. Die italienischen Behörden haben auch den Gebrauch der deutschen Ortsnamen verboten, und die „Bozener Nachrichten“ waren zweimal beschlagnahmt worden, weil sie sich dieser Verfügung nicht unterzogen und die italienischen Ortsnamen nicht angewendet hatten.

KPD.-Klagelied.

Seht auf dem französischen KPD-Tag.

Paris, 22. Oktober. (M.T.B.) Die kommunistische Partei Frankreichs hielt in diesen Tagen in Paris ihren Parteitag ab. In der Schlußsitzung erschien ein nichtgenannter deutscher Delegierter. Er sprach von einer Krise, die die kommunistische Partei in Deutschland jetzt durchmache. In der Partei zeigten sich vier Strömungen ab: die äußerste Linke, die die Einheitsfront ablehne, die Gruppe Ruth Fischer, deren Form nicht sehr klar sei, die Gruppe Thelmann, die die Mehrheit bilde und der rechts stehende Flügel. 75 Prop. der eingeschriebenen Mitglieder ständen hinter der Mehrheit Thelmann. Kein Proletariat habe so viel Verrat erdulden müssen, wie das deutsche. Die Arbeiter, die so oft an die unmittelbar bevorstehende Revolution geglaubt hätten, seien gezwungen worden, in dem Augenblick, in dem sie kämpfen wollten, zurückzuweichen. Sie befürchteten also immer, daß man sie von Neuem verlassen werde.

Der neue estländische Außenminister ist der bisherige Gesandte in Moskau, Virk. Seine Ernennung wird als ein Annäherungsversuch an Russland angesehen.

Mexiko den Mexikanern! Der mexikanische Senat hat die Verneinung des Verfassungsartikels 27 in erster Lesung angenommen. Danach müssen alle Fremden, die in Mexiko Eigentum besitzen, binnen drei Jahren mexikanische Staatsbürger werden, widrigenfalls ihr Eigentum verstaatlicht wird. Davon würden besonders die Amerikaner als Eigentümer der großen Petroleumfelder betroffen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die „vergessenen“ Beisitzer.

Noch keine Entscheidung für die Gemeindefürsorge.

Die wir bereits mitgeteilt haben, fanden gestern vor dem Schlichter Verhandlungen statt, um eine Verständigung in dem Konflikt der Berliner Gemeindefürsorge herbeizuführen. Soweit die Kammerarbeiter in Frage kommen, handelte es sich darum, den vom tariflichen Schlichter gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde vorsah, für verbindlich zu erklären. Der Schlichter hat sich die Stellungnahme dazu bis Montag vorbehalten.

Zu den Verhandlungen über den Konflikt der Gas- und Wasserarbeiter war außer den Vertretern der Direktionen der Kammerer, Dr. Karding, erschienen. Wertwüchsigkeit hatten die Direktionen jedoch vergessen, für das zu bildende Schiedsgericht Beisitzer zu bestimmen. Sie erklärten sich auch außerstande, im letzten Augenblick noch Beisitzer aufzutreiben. Die Verhandlungen mußten also vertagt werden. Das Schiedsgericht wird am Sonnabend zusammentreten.

Die Obleutekonferenz der Gas- und Wasserarbeiter, die gestern Abend Stellung nahm zu dieser neuen Verschleppung durch die Direktionen, beschloß, mit der Proklamierung des Streiks bis nach der Tagung des Schiedsgerichts zu warten.

Damit haben die Gas- und Wasserarbeiter ein Höchstmaß von Verantwortlichkeit gezeigt, das erfreulich absteht von dem unqualifizierbaren Verhalten der Direktionen der Gas- und Wasserwerke. Man hat den Eindruck, daß es den Direktionen der Gas- und Wasserwerke darauf ankommt, unmittelbar vor den Stadtverordnetenwahlen einen Streit der Gas- und Wasserarbeiter heraufzubeschwören. Auch das Verhalten des Magistrats läßt einen gleichen Verdacht aufkommen. In wessen Interesse diese Politik betrieben wird, liegt auf der Hand.

Die Obleute der Gas- und Wasserwerke sind klugerweise nicht in die ihnen gelegte Falle gegangen. Die städtischen Arbeiter und mit ihnen die gesamte arbeitende Bevölkerung Berlins werden aus diesem Verhalten am Sonntag die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen.

Ein derartiges Verhalten des Magistrats und der Direktionen der Gas- und Wasserwerke ist nur möglich, weil sich beide auf eine bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit stützen können. Wenn die Kommunisten sich auch im letzten Augenblick bemühen, dem Magistrat und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit zu Hilfe zu kommen, so wird, dessen sind wir sicher, die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit am kommenden Sonntag ihrem Schicksal nicht entgehen. Dann wird dieses Schindluderreiben mit den städtischen Arbeitern auch ein Ende haben!

Reichskonferenz der Genossenschaftsangeestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hielt diese Woche in Magdeburg eine Reichskonferenz der Genossenschaftsangeestellten ab. Die Konferenz, die der Verbandsvorsitzende Urban Berlin leitete, war von 29 Delegierten sowie Vertretern des Reichsausschusses, des Verbandsvorstandes und zahlreichen Gästen besucht.

Bahner-Berlin berichtete über die Tätigkeit des Zentralverbandes der Angestellten auf dem Gebiete der Gestaltung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen und ähnlichen Genossenschaften. Der Zentralverband der Angestellten hat mit fast allen Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Tarifverträge geschlossen, in denen die Lohnerhöhung sowie die sonstigen Arbeitsverhältnisse werden durch Rahmentarifverträge geregelt. — Nach einer längeren Aussprache forderte die Konferenz in einer Entschließung u. a. für die Lagerhalter der Konsumvereine eine feste Mantovergütung als Ausgleich für die Verluste durch Warenchwund usw., ferner die Anstellung der hauptamtlich tätigen Lagerhalter gegen festes Gehalt und nicht nur gegen Umlageprovision und schließlich die Aufwertung der von den Lagerhaltern gestellten Kautionen.

Die Reichskonferenz beauftragte die örtlichen Fachgruppen in Gera, Breslau, Leipzig, Köln, Hannover, Dresden und Steinfurt, je einen Vertreter in den Reichsausschuss zur beratenden Unterstützung des Verbandsvorstandes zu delegieren. In einen Unterausschuss der Lagerhalter werden Berlin, Frankfurt a. M. und Nürnberg einen Vertreter entsenden.

Langen-Berlin hielt einen Vortrag über die Stellung der Genossenschaften im Wirtschaftsleben. Zum Schluss fand eine kurze Aussprache über die Pensionsfrage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, deren segensreiche Wirkung anerkannt wurde.

Der Magistrat Berlin als Rechtsbeuger.

Vom Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner wird uns geschrieben:

Die ehemalige Stadt Charlottenburg hat ihren Feuerwehrleuten in einer Ruhegehaltsordnung vom Jahre 1914 Anspruch auf ein lebenslängliches Ruhegehalt zugesichert. Die Bedingungen waren dieselben wie für die Beamten. Die Berechnung erfolgte nach den für Beamte geltenden Grundätzen aus dem Dienstverdienst. Als Dienstverdienst ist ausdrücklich das einkommensmäßige Einkommen bezeichnet.

Die Reichshauptstadt Berlin aber, die als Rechtsnachfolgerin der Stadt Charlottenburg die Pflicht hätte, jenen Feuerwehrleuten, die im Dienste der Stadt Charlottenburg dienstunfähig geworden sind, dieses Ruhegehalt zu zahlen, behandelt die Feuerwehrleute der ehemaligen Stadt Charlottenburg so, als ob sie keinen Anspruch auf Ruhegehalt gehabt hätten. Obwohl § 1 des Gemeindebeschlusses vom 15. Januar 1922 ausdrücklich bestimmt, daß der Beschuß nur für diejenigen gilt, die ohne Ruhegehaltsberechtigung im Dienste der Stadt stehen und obwohl die „Ruhegehaltsordnung“ der alten Stadt Charlottenburg ausdrücklich von einem „Anspruch auf ein lebenslängliches Ruhegehalt“ spricht, legen ungeordnete Personen den Gemeindebeschuß dahin aus, daß er für alle diejenigen gilt, die keinen Anspruch auf „Beamtenpension“ haben.

Dem Feuerwehrmann, der Leben und Gesundheit in den besten Kampfsjahren im Dienste der Allgemeinheit geopfert hat, kann man also zumuten, daß er sich zufrieden gibt, wenn ihm das Ruhegehalt von 150 M. monatlich 50 M. gekürzt wird. Doch Empfinden — und gar soziales Empfinden — braucht ein höherer Verwalter nicht. Die Hauptsache ist, daß es Paragraphen gibt, die man anwenden kann und solche, die man nicht anwenden muß. Dann kann man Menschen schon so drangalieren, daß sie zur Verzweiflung kommen. An die Vergeltung oder denken diese Menschen nicht. Daran aber werden die anderen denken müssen. Sie werden am nächsten Sonntag SPD. wählen.

Der Parkettlegerstreik beendet.

Nach 5 1/2 Wochen Streik haben gestern die Parkettleger die Arbeit wieder aufgenommen. Durch den Schlichtungsausschuß waren von Amts wegen die Parteien zu einer Verhandlung geladen worden. Bei dieser Verhandlung zeigte es sich bald, daß die Widerstände auf beiden Seiten noch recht groß waren und eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kommen konnte. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde aber ein Schiedsspruch gefällt, der den Minimalstundenlohn für die Berliner Parkettbranche auf 1,55 M. festsetzt.

Damit ist eine Stundenloohnerhöhung um 11 Proz. eingetreten. Entsprechend dieser Erhöhung sind auch im Durchschnitt die einzelnen Positionen der Akkordgrundlage erhöht worden. Unternehmer sowohl wie Arbeiter haben diesen Schiedsspruch angenommen. Somit ist der Lohnkampf für das Parkettgewerbe, wie Eingang gesagt, erfolgreich beendet.

Zur Lage in der Berliner Schuhmacherei.

Die Quartalsversammlung der Berliner Schuhmacher am 20. Oktober nahm den Kassen- und Geschäftsbericht für das 3. Quartal entgegen. Aus den Ausführungen der Referenten Hörsch und Böhrer ging hervor, daß in der Schuhindustrie wie auch im Maßgewerbe seit mehreren Monaten eine ungünstige Geschäftslage herrscht. Betriebs einschränkungen, Stilllegungen und Konkurse häufen sich immer mehr. Arbeiterentlassungen sind in großem Umfang vorgenommen; in vielen Betrieben ist die Arbeitszeit verkürzt. Die Zahl der Arbeiter beträgt zurzeit rund 1000 bei einer Gesamtarbeiterzahl von circa 7000. Der Mitgliederstand der Zahlstelle Berlin ist trotz dieser ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf 4728 gegen 4454 im 2. Quartal 1925 gestiegen. Trotz-

dem gibt es noch eine große Zahl von Beschäftigten in der Schuhindustrie und im Handwerk, die der Organisation fernstehen. Diese zu erfassen muß Aufgabe der nächsten Zeit sein. Laut Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie ist das Höchstmäß der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit 8 1/2 Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Der Beschuß, daß in den Berliner Betrieben die tägliche Arbeitszeit 8 1/2 Stunden nicht überschritten darf, ist fast reiflos durchgeführt und muß auch in den wenigen noch vorhandenen Betrieben, in denen noch 8 1/2 Stunden täglich gearbeitet wird, zur Annahme gelangen.

Erste Lohnbewegungen im Rhein-Main-Gebiet.

Mainz, 22. Oktober. (Rfb.). In der chemischen Industrie des rheinisch-mainischen Wirtschaftsgebietes sind neue Lohnbewegungen im Gange, die erste Formen angenommen haben, da die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Frankfurt a. M. geschlossenen Verhandlungen ergebnislos geblieben sind. Die Gewerkschaften haben einen Klagenaufruf eingeleitet, der gegebenenfalls die Arbeiter zum Streik aufrufen soll, der dann in den Städten Mainz, Wiesbaden, Frankfurt, Gießen und Kassel etwa 52 000 Arbeiter umfassen würde.

Verbesserte Angestelltenversicherung im Saargebiet.

Saarbrücken, 22. Oktober. (Rfb.). Die Regierungskommission hat die Leitungen der Angestelltenversicherung rückwirkend vom 17. Oktober erhöht und die Beiträge ab 1. Oktober ermäßigt. Gleichzeitig sind auch Bestimmungen über die soeben Wanderversicherung getroffen worden. Versicherungspflichtig sind ab 1. Oktober alle Angestellten mit einem Monatsverdienst von 1500 Frank oder jährlich 18 000 Frank. Wer infolge der bisherigen niedrigeren Versicherungsgrenze ausgeschlossen war und sich nicht freiwillig weiterversichert hat, erhält die früheren Beiträge ohne weiteres wieder angerechnet.

Aus den Metallbetrieben sind vom Schrifligerstreik noch nicht alle Streiksammlungen zurückgekommen. Die Abrechnung muß unverzüglich erfolgen und zwar bei dem Kassierer Ernst Franke im DMB, oder bei Jahnke, Zimmer abends bis 7 Uhr, oder aber bei dem Vertrauensmann Segler, Brückstr. 75. Auch leere Listen sind zurückzugeben.

Es sind noch 43 im DMB organisierte Kollegen, die bei dem Streik auf der Strecke blieben. Den Kollegen, die die Streikenden unterstützten, besten Dank!

Der Restaurateur Hoppe, Kottbuscher Damm 22, schickt uns zu unserer Notiz in der Morgenausgabe vom 10. Oktober eine Erwiderung in der es insbesondere heißt: „Die Beschuldigungen, daß meine Frau und ich organisierte Arbeiter beschimpft haben, muß ich auf das allerentschiedenste zurückweisen; ebenso die Behauptung, daß ich gern auf Arbeiter als Gäste verzierte. Jeder, der mein Lokal und auch mich kennt, weiß, daß mir ein Arbeiter ein ebenso gern gesehener Gast ist, wie Leute aus anderen Ständen und Berufen. Die bei mir beschäftigten Keller Wismann, Busian und Hufenbeck protestieren entschieden dagegen, Beschimpfungen gegen organisierte Arbeiter ausgesprochen zu haben. Daß ich Verbandsvertretern mein Lokal verboten habe, ist un wahr. Wenn aber die Herren nicht den Weg der höflichen Aussprache gehen können, sondern mit Drohungen und Beschuldigungen Ziele erreichen wollen, brauchen diese sich nicht zu wundern, daß aus einem Paulus ein Sokrates wird.“ — Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird uns dazu mitgeteilt, daß die von uns wieder-gegebene Notiz in allen Einzelheiten aufrechterhalten wird.

Geographisches Gewerbe. Die Nr. 17 des „Rampfers“ ist erschienen und täglich von früh 8 Uhr ab im Geographischen Vereinshaus (Königsplatz) abgeholt. Wir erwarten, daß diese geistige Wohltat von allen Betrieben abgeholt wird.

Wählers. SPD. - Wahlkreiswahlmännerarbeiten! Freies nachmittags 4 1/2 - 6 Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, Ausgabe von Wahlmaterial. Jeder Betrieb muß belegt werden.

Der Werksauschuß.

Geographisches Gewerbe. Die Nr. 17 des „Rampfers“ ist erschienen und täglich von früh 8 Uhr ab im Geographischen Vereinshaus (Königsplatz) abgeholt. Wir erwarten, daß diese geistige Wohltat von allen Betrieben abgeholt wird.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Seifert; Gewerkschaftsangelegenheiten: Friedrich Hörsch; Freiwirtschaft: R. H. Böhrer; Lokales und Cambrage: Fritz Beckh; Anzeigen: H. Gieseler; Kammer in Berlin: Herwig; Formulare-Berlin: G. M. H. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, G.M.B.H., Lindenstraße 3, Stern 2, Bellona und „Anschaltung und Biffen“.

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Frisches Fleisch

- Kalbskamm und Brust Pfund 80 Pf.
- Kalbskeule u. Rücken, ganz u. geteilt, Pfd. 90 Pf.
- Hammel-Vorderrfleisch, Pfd. 80 Pf.
- Schweinebauch Rücken u. Blatt, Pfd. 1 15
- Schweineschinken Pfund 1 20
- Kaßler Rippspeer u. Kamm Pfund 1 30
- Liesen Pfund 1 15
- Gehacktes Pfund 80 Pf.

Prima Gefrierfleisch

- Rinderkamm und Brust Pfund 60 Pf.
- Rot-, Wirsing-, 4 Pf. Weißkohl, holländ., Pfund
- Kürbis Pfund 4 Pf.
- Mohrrüben Pfund 5 Pf.
- Rübchen Pfund 5 Pf.
- Zwiebeln Pfund 8 Pf.
- Sellerie 27 Knollen Pfund 25 Pf.
- Blumenkohl 30 Pf. an Kopf von
- Kochäpfel Pfd. 10 Pf.
- EBäpfel rote, Pfund 12 Pf.
- Goldparmänen 18 Pf.
- Renette Harberia Pfund 20 Pf.
- Goldtrauben Pfd. 28 Pf.
- Kise ca. 3 1/2 Pfund . . . 1 20
- Bananen . . . Pfund 38 Pf.

- Heringe 4 Pfd. 95 Pf.
- Schellfische ganze Fische, Pfund 28 Pf.
- Kabeljau 27 Fische Pfund 30 Pf.
- Rotbarse ohne Kopf Pfund 30 Pf.
- Leb. Karpfen Pfund 1 30
- Bücklinge fette, Pfund 45 Pf.
- Schellfische Pfd. 38 Pf.
- Fiudern Ahlbecker (Ries.), Pfd. 78 Pf.
- Landleberwurst und Fleischwurst, Pfund 1 25
- Grobe Mettwurst u. Gefüllter Schinken, Pfund 1 40
- Feine Leberwurst und Filetwurst, Pfund 1 65
- Zervelatwurst und Salamtwurst, Holstein., Pfd. 1 95
- Schinken ca. 1-Pfund-Stücke, Pfund 2 M
- Mausschinken ca. 2 1/2-Pfund, Pfund 2 10
- Tilsiterkäse 0,5 Pf. 0,5 Pf., vollfett 1 10
- Camembert vollfett, Schachtel 33 Pf.
- Kuhkäse . . . Pfund 78 Pf.
- Goudakäse 0,5 Pf. Pfund 78 Pf.
- Schweizerkäse 0,5 Pf. 1.-40, 0,5 Pf. 1 25

Billigste Lebensmittel

- Welzengrieß Pfund 22 Pf.
- Haferflocken Pfd. 22 Pf.
- Auszug-Mehl Pfd. 23 Pf.
- Backobst gemischt Pfund 52 Pf.
- Aprikosen neue, Pfund 1 20

Konserven

- Junge Schoten Dose 1/4 90 Pf.
- Bruchspargel ohne Köpfe 1 M 1 95
- Steinpilze bayr. Art 1 M 1 85
- Apfelmus 72 Pf.
- Mirabellen 1 45
- Sauerkirschen ohne Steine Dose 1/2 1 95
- Konfitüre Eimer 2 Pfd. 6 Pf. 1 15
- Orange, Glas 60 Pf. 1 15
- Konfitüre Aprikosen 3 Pf. 3 60
- Gelee Johannisbeer, Glas 5 Pf. 3 20
- Rindfleisch ohne Knochen 2-Pfund-Dose 1 25

Südwein

- Tarragona pol. süß gute Qualität 1 30
- Tarragona extra (Saly. Cervena/Valencia) 1 60
- Ruster Gold süß, Süßweinswein, Tokayer, 1 45
- Malaga golden oder dunkel 1 75
- Samos-Muskat feinster Inselwein 1 95
- Montagne span. Rotwein . . 1 M
- 1921 Barsac weiß-Bordeaux 2 M
- 1921 Sauternes sehr süßer, weißer Bordeaux 3 10
- Weinbrand-Verschnitt milde, vorzügliche Qualität 2 75
- Muskateller-Auslese würziger spanischer Wein 2 10
- Douro Portwein laßbar alt 2 M
- Sherry (Marquesa Merlo Jerez) 2 50
- Insel Madeira (Abudarhem Funchal) 2 80
- Jamaica-Rum-Verschnitt * 40 Vol. Prozent . . . 3 20
- Batavia-Arrak-Verschn. * 40 Vol. Prozent . . . 3 80

Im Wintergarten Leipziger Straße Obst-Ausstellung

- Naturbutter 1/4 Pfund 1 08
- Tafelbutter 1/4 Pfund 1 15
- Dän. Butter 1/4 Pfund 1 28
- Suppenhühner holländische, frisch geschlachtet, Pfd. 1,40 1 15
- Gänse u. Hasen billigst
- Kaffee frisch gebrannt Pfund von 2 60 bis 4 50
- Zucker 2 Pfd. 63 Pf.

- Schokolade 30 Pf. Gul Deutsch 3 TL 80 Gr. Schmelz 30 Pf. Bitter 40 Pf. Kakao „Saturra“, stark 80 Pf. enthält 1 Paket.
- Winteräpfel Landsberg, Königs Goldreife, Goldperle . . . Pfund 45 Pf. Collat u. a. mehr Originalität ca. 30 Pfund lokal 1 250
- Winterkartoffeln Zeater 2 95

Jeden Freitag und Sonnabend billiger Verkauf

Reste u. Abschnitte

Genossinnen! Die „Wählerin“ ist in den Abholstellen.

eines gefunden und bequemen Hauslebens zu verschaffen: Fernheizung durch die ganze Stadt, wie wir heute Fernwärme, Ferngas, Fernlicht schon haben. Warmes Wasser in jedem Hause, Antennen auf jedem Hause, Radio in jeder Wohnung und was alles durch das Radio, wenn es dem Gemeinwohl systematisch dienstbar gemacht wird, gelernt und genossen werden kann. Alles das in die Tat umzusetzen oder in Angriff genommen, würde für den Haushalt solche Ersparnisse und für das Familienleben der Wertvollen solche Bereicherungen bedeuten, daß nicht nur die furchtbaren Wunden der Kriegs- und Inflationszeit schnell geheilt, sondern in aller Zukunft selbst ein kleiner Verdienst viel größere Früchte bringen würde.

Kapital oder Volk?

Von neuem stehen die Hausfrauen Berlins vor der Entscheidung, ob sie das Interesse ihres Haushalts, das Glück ihrer Familien zum Siege führen wollen, wie es sich für eine Republik gehört, oder das Herrschafts- und Ausbeutungsinteresse der Industriellen, Großkaufleute und Hausbesitzer, was nur eine neue monarchische Knechtschaft ohne Monarchen bedeuten würde. Von neuem sind die Hausfrauen vor die Frage gestellt, ob das Ausgabenbuch des wertvollen Volkes oder das Hauptbuch des Kapitalisten über Groß-Berlin regieren soll. Hier Parteiblöcke kämpfen heute um die Stimmen der wertvollen Männer Berlins und ihrer Frauen, Töchter, Mütter. Der reaktionäre Rechtsblock der Deutschen und der Deutschen „Volks“partei: in seinen Geheimkonventikeln schlägt er brutal das Hauptbuch der Kapitalistenklasse auf. Seine bezahlten Sendlinge aber schießt er zum Sumpfling in die Massen mit der Sehnsucht nach dem Kaiser und der „guten alten Zeit“, mit frommem Augenaufschlag, aber die Silberlinge des Judas in den Händen. Der Block der „goldenen Mitte“, der Bauern und Langstlichen, der Kirche und der Demokratie, des Wunsches, aber nicht der Tat: was sie mit dem Munde und den Wünschen ihres Herzens versprechen, nehmen und zerstören sie durch ihre Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit. Auf der anderen Seite die Kommunisten: zorn- und raschgelübt, aber unfähig und lebensfremd, selbst bis zum Verrat der wertvollen Massen! Und endlich zwischen diesen Blöcken der Torheit, der Bauheit und der Niedertracht die Partei des wertvollen Volkes selbst, die deutsche Sozialdemokratie, die nichts und niemandem dient, als dem hohen Ziel wertvoller freier Gemeinschaft des Volkes und nur siegen will, um unter diesem Zeichen zu schaffen und zu gestalten.

Hausfrauen, wählt sozialdemokratisch, die Liste 1!

Die deutsche Sozialdemokratie ist es allein, die weiß und will, was die wertvollen Massen, die Hausfrauen, Mütter und Töchter ersehnen und verlangen: daß das Leben nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Leben da ist. Daß die Konsumenten und der Haushalt des Volkes nicht für die Industriellen und Unternehmer, sondern die Industrie für den Volkshaushalt da sein soll. Daß wir nicht haushalten und kaufen, damit produziert wird, sondern daß produziert werden soll, um immer besser und billiger zu kaufen, um immer reichlicher unseren Haushalt führen, immer mehr unseres Lebens froh sein zu können. Daß der Staat kein Instrument der Reichen, Saiten und Herrschaftswilligen, sondern der Diener, der Freund seiner Bürger sein soll, und das Glück der Familien, im Wandel der Geschlechter, im Zusammenleben der Völker sein Ziel. Daß endlich eine Stadtverwaltung nichts anderes sein darf als der zwölfte, nur allen gemeinsame Familienhaushalt, der für alle das leistet und übernimmt, was die einzelne Familie, die einzelne Hausfrau nicht leisten und nur teurer leisten könnte.

Von diesen großen Selbstverständlichkeiten wissen die anderen Parteien nichts und können sie nichts wissen. Das kann nur eine Partei, deren Führer und Führerinnen den Schuh selbst tragen, der die wertvollen Massen drückt. Das sollten aber auch am besten und tiefsten die Hausfrauen wissen und fühlen, auf denen die ganze Last des Haushalts, die ganzen Sorgen des bitteren Alltags am schwersten ruhen.

Mögen die Frauen Berlins darum am 25. Oktober beweisen, daß sie der Verantwortung auch wirklich bewußt sind, die für das Glück ihrer Familie auf ihnen ruht.

Auf dem Höhepunkt.

Der Wahlkampf hat auf der ganzen Linie mit Energie eingeseht. Ein Regen von bedrucktem Papier ergießt sich auf den wehrlosen Berliner, der dem großen Anpreisungsparade mit leiser Verzweiflung gegenübersteht. Eine gewisse Wahlmüdigkeit ist bei den nationalistischen Parteien, die durch eine Politik des beispiellosen Betruges das Vertrauen auch ihrer Unentwegtesten schwer erschüttert haben, zweifellos festzustellen; sie selber rechnen mit erheblicher Stimmeneinbuße. Auf einmal wollen sie alle die treuesten Freunde des Volkes sein: Es gibt keinen Zoll mehr, der dem Deutschen die notwendigen Lebensmittel unerträglich verteuert, die Arbeitslosigkeit unheimlich vermehrt und den Agrariern Profite schafft. Im Handumdrehen ist alles eitel Lust und Harmonie. Diese Rattenfänger schwarzweißerlicher Couleure, die mit der Dummheit des Volkes und seiner Bergeshlichkeit rechnen, sollten sich doch keinen Illusionen hingeben. So leicht vergißt sich's nicht. Die Quittung wird den Vogel-Strauß-Laktieren der Rechten der kommenden Wahlsonntag präsentieren. Eine besonders wirkungsvolle Propaganda, die die Beachtung vieler Tausende fand, war ein Propagandaauto der Sozialdemokratie, das durch elektrische Lampen reich beleuchtet, in zahlreichen Plakaten aufforderte, am 25. Oktober die Partei des Volkes, die Sozialdemokratie, zu wählen. Besonders in den Vierteln der Arbeit wurde der Propagandawagen lebhaft durch laute Zurufe begrüßt. Es gilt in den wenigen Tagen, die uns noch von der Wahl trennen, mit aller Energie für den Sieg der Sozialdemokratischen Liste zu werben, Unwissende aufzuklären und der vergiftenden Lügenpropaganda der Sozialdemokraten einen ehernen Riegel vorzuschleppen. Dann ist der sozialistischen Sache der Sieg gewiß.

Unerhörte Lebensmittelverfälschungen.

„Prima Brüh- und Bratwurste, garantiert aus reinem Fleisch hergestellt,“ wird auf verschiedenen Wochenmärkten von Händlern zum Verkauf gestellt. Beamte der Nahrungsmittelkontrolle in Zivill haben nun von mehreren Verkäufern dieser Wurst Proben entnommen, und bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß in mehreren Fällen diese „Prima Wurst“ mit einem Zusatz von rezeptwidrigen Kartoffeln oder von Kartoffelmehl bis zu 50 Prozent verfälscht worden war. Dabei war diese Wurst nicht etwa billiger als diejenige, die von den Schlächtern zum Verkauf gebracht wird und die aus reinem Fleisch besteht. In allen Fällen, in denen ein hoher Prozentsatz von Kartoffeln und Kartoffelmehl bei der Wurst festgestellt worden ist, wird gegen die Verkäufer wegen Betrug vorgegangen werden. Man sollte ihnen aber auch die Handelsverlaubnis entziehen.

Ein Griff in die Urnenkasse. Zu unseren Meldungen (in Nr. 478 und Nr. 479) über einen wegen Unterschlagung von Urnengegenständen verurteilten Wahlkommissionsvorsitzenden des Verwaltungsbezirks Wedding bittet uns der die Wohlfahrts-

kommission 212 A leitende Vorsteher Alfred Weimann (früher Prinzenallee 13, jetzt Prinzenallee 81 wohnhaft) um die Feststellung, daß nicht er jener Vorsteher ist. Wir hatten bereits in Nr. 478 mitgeteilt, daß es sich um einen Vorsteher Weimann handelt, der die Wohlfahrtskommission 202 A leitet; eine Verwechslung war also wohl nicht mehr möglich.

Wahlrecht — Wahlpflicht. Für Liste 1.

Am Sonntag entscheidet sich das Schicksal der Großgemeinde Berlin für die nächsten vier Jahre. Das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung ist allen Männern und Frauen, die am Wahltag 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten in dem Gemeindebezirk Berlin wohnen, gegeben; es auszuüben ihre Pflicht. Beschränkt euch nicht darauf, selbst wählen zu gehen, holt alle eure Bekannten und Freunde heran, damit sie ihr Wahlrecht nicht ungenutzt lassen. Die Wahlzeit ist festgesetzt von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Es ist gut, möglichst früh sein Wahlrecht auszuüben. Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in einem, und zwar in dem für ihn zuständigen Abstimmungsbezirk (Wahllokal) ausüben. Stadtverordnete und Bezirksverordnete werden diesmal in einem Wahlgange gewählt. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Die sozialdemokratische Liste ist die Liste 1.

Der Abstimmungszettel sieht so aus:

Wahl der Stadtverordneten 1925 ... Berliner Wahlkreis.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1	<input checked="" type="radio"/>
2	Deutschnationale Volkspartei	2	<input type="radio"/>
3	Deutsche Volkspartei	3	<input type="radio"/>
4	Kommunistische Partei	4	<input type="radio"/>
5	Deutschdemokratische Partei	5	<input type="radio"/>

u. s. f.

Die rasenden Spießer.

Der „Lokal-Anzeiger“ macht Schauerkolportage.

Die Wahlschrecken scheinen dem „Lokal-Anzeiger“ arg auf die Nerven gegangen zu sein. Die bürgerliche Wahlmüdigkeit, die kommunalen Sünden des Reaktionsblocks haben die Stimmung merklich herabgesetzt. So muß irgend ein Hufschonk-Säugling einpringen, um auf der ersten Seite des ehrenwerten Organs eine heiße Schlacht gegen die roten Jugendstiftlichen, gegen Paulsen und Löwenstein zu schlagen. In diesem von Entstellungen und Berleymdungen starrenden Artikel wird von der Seelenvergiftung durch die rote Springschlut, von geloderter Zucht und erschütterter Autorität gesprochen, und alles klingt so ehrenwürdigspießig verfallt, daß man meint, einen pensionierten Studienrat wilhelminischer Prägung klistern zu hören. Am Schluß des Elaborats, das in verwerflicher Weise an die feigsten Instinkte des guten Bürgers appelliert, heißt es:

„Um die Seelen eurer Kinder geht's. Wer will sie verkaufen?“

Das sagen wir auch! Es geht um die Seelen der Kinder des arbeitenden Volkes. Es geht darum, daß der Nachwuchs der Bevölkerung, daß das Kind des Arbeiters, des Angestellten, des Beamten nicht systematisch verdrummt wird, daß nicht seine wertvollsten Anlagen erstickt und verächtet werden in dem unseligen Programm öfterer Abseifung, mit dem die Schule der Bourgeoisie die aufsteigenden Kräfte aus der Tiefe bewußt hemmen will. Es

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 23. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5 Uhr abends: Aus Opern Lortzings (geb. 23. 10. 1801).
1. Ouvertüre zu „Der Wildschütz“ (Orchester). 2. a) Vater, Mutter aus „Undine“, b) War einst ein junger Springsinnsfeld aus „Der Waffenschmied“ (Waldemar Henke von der Berliner Staatsoper, Tenor). 3. a) Arie des Bürgermeisters aus „Zar und Zimmermann“, b) Auch ich war ein Jüngling, Lied des Stadinger aus „Der Waffenschmied“ (Peter Lordmann, Baß). 4. a) Bin ein schlichtes Kind vom Lande aus „Der Wildschütz“, b) Wir alle sind in Anger und Not aus „Der Waffenschmied“ (Lia Fuldauer, Sopran). 5. Potpourri aus „Regina“ (Orchester). 6. a) Darf ich wohl den Worten trauen, aus „Zar und Zimmermann“, b) Du bist ein arbeitsamer Mensch aus „Der Waffenschmied“, c) Im Wein ist Wahrheit aus „Undine“ (Waldemar Henke und Peter Lordmann).
7. Ouvertüre zu „Undine“ (Orchester). 8. a) Mein Weib, mein teures Weib aus „Der Wildschütz“, b) Darf eine niedere Magd es wagen aus „Zar und Zimmermann“ (Lia Fuldauer und Waldemar Henke). Kleines Berliner Pankorchester. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 6.45 Uhr abends: Dr. Paul Hirsch-Mamrotz: „Vom guten Appetit und seinen schlechten Folgen“. (Eine ärztliche Plauderei).
7.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Literatur. Theodor Kappstein: „Deutsche Dichter und Denker“. 2. Vortrag: „Friedrich von Schiller“. (2. Teil). 8 Uhr abends: Sendeispiele. Abteilung Operette. Leitung: Cornelia Brongeest. Spielzeit 1925/26. 9. Veranstaltung. Zum 100. Geburtstag von Johann Strauß (25. Oktober). „Waldmeister“, Operette in drei Teilen von Johann Strauß. Für den Rundfunk eingerichtet von Cornelia Brongeest. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Pauline, Sängerin der Dresdener Oper: Hussa-Greve; Botho von Wende; Bernhard Bötel; Christof Heffele, Amtshauptmann; Gerhard Pechner; Malvine, seine Frau; Grete Liebroich; Fress, deren Tochter; Else d'Heureuse; Tymoleon von Gerius, Oberforststrat und Direktor der königlichen Forstakademie; Robert Koppel; Erasmus Friedrich Müller, Prof. der Botanik; Karl Platen; Jeanne, Gesellschaftsdame der Pauline; Pepi Zampa; Schultheiß Danner; Bernhard Köhler; Martin Oberknecht in der Waldmühle; Wilhelm Köppner, Diener. Stubenmädchen bei Hofels, Paulinas Freundinnen, Forsteloven. Der erste Teil spielt in einer Waldmühle, der zweite und dritte Teil im Hause des Amtshauptmanns. Abschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitschau, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater und Filmdienst.

gilt, unsere Kinder vor dem seelenmordenden System der Religionsbeamten, die die Söhne und Töchter der Wertvollen zu Ausgebildeten in ihren „Befenntnisschulen“ „erziehen“ wollen, zu bewahren. Darum geht am 25. Oktober unser Schulwahlkampf. Und wir wissen, daß diesem Kampf um die freie, fortschrittliche Schule die Sympathien aller Einsichtigen gehören.

Mit dem Hängegerüst in die Tiefe. Furchtbares Baunglück in Neukölln.

Vor wenigen Wochen ereignete sich, wie Erinnerung sein wird, in der Wiesenstraße im Norden Berlins ein schweres Baunglück: ein Hängegerüst stürzte herab und zwei Maurer wurden lebensgefährlich verletzt. Nun wird schon wieder ein ähnliches furchtbares Unglück gemeldet, das sich am Donnerstag nachmittags gegen 3 Uhr in Neukölln, Weisestraße 33, ereignete. Auch hier stürzte ein Hängegerüst plötzlich aus dem vierten Stock in die Tiefe und riß zwei Dachdecker mit sich hinab. Der Dachdecker Anton Döfler aus Neukölln, Karlsgrabenstraße 16, verstarb infolge der schweren Verletzungen, die er bei dem Sturz erlitten hatte, bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Sein Arbeitskollege, der Dachdecker Paul Howarka, Neukölln, Seiner-



In diesen
Kreis gehört
Dein Kreuz!

straße 2, erlitt schwere innere Verletzungen und mehrere Knochenbrüche und wurde in bedenklichem Zustande von einem Wagen des Städtischen Rettungsamtes in das Butower Krankenhaus eingeliefert.

Die fortwährenden schweren Baunglücke könnten zu dem Schluß Anlaß geben, daß die baupolizeiliche Kontrolle der Baugerüste nicht in der strengen Weise durchgeführt wird, die notwendig ist, um das an sich ständig schwer gefährdete Leben der Bauarbeiter wirksam zu schützen. J. B. können — auf der anderen Seite — die vielen Kleinsiedler ein Lied davon singen, wie scharf und unachtsam die Baupolizei ihnen gegenüber bei harmlosen Wohnlauben- und Stallbauten ist.

Eine Ausstellung für Wohnungsbau.

Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Berlin veranstaltet jetzt eine kleine Ausstellung, um eine Ueberlicht über die bisher mit Hilfe der Hauszinssteuer fertiggestellten Wohnungsbauten und auch über einen Teil der mit Hauszinssteuerhypotheken noch zu behebenden neuen Bauvorhaben zu geben. Nicht selber zu bauen, sondern den Wohnungsbau durch Beschaffung von Hypotheken aus der Hauszinssteuer zu fördern, ist Zweck und Aufgabe der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft.

Diese Ausstellung, die im Berliner Stadthaus (Eingang Klosterstraße, Saal 339) untergebracht ist, zeigt an Grundrissen und Lageplänen, an Modellen und Ansichten fertiger Siedlungen oder Einzelbauten, was von Genossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften und auch von privaten Unternehmern geleistet wurde oder für die nächste Zeit geplant ist. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft hat neben der Hypothekenbeschaffung auch die sachkundige Bauberatung zu ihrer Aufgabe gemacht, um zur Verbesserung des gesamten Wohnungsbaues beigetragen. Mit welchem Erfolg sie sich um die Lösung dieser Aufgabe bemüht, davon gibt die Ausstellung manche Probe. Die Gesellschaft läßt keine Seitenflügel oder Quergebäude zu, sondern Randbebauung großer Baugelände, deren Inneres als Grünfläche freibleiben muß. Bei der nächsten Feier, mit der am Donnerstag die Ausstellung eröffnet wurde, beklagte der an der Spitze der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft stehende Direktor Schallenberg, daß nur ein geringer Teil des Hauszinssteueraufkommens dem Neubausfonds zugeführt werden darf. Den Bestrebungen, einen möglichst großen Teil der Hauszinssteuer für allgemeine Zwecke des Reichs, des Staates und der Gemeinde vorzubehalten, müsse entgegengetreten werden, sonst könne man dem Wohnungsmangel nicht abhelfen. Weil auch bei Gewährung einer Hauszinssteuerhypothek immer noch sehr erhebliche Beträge aus eigenen Mitteln beschafft werden müssen, kann diese Wohnungsfürsorge den Mittellosen kaum zugute kommen. Hier hat die Stadt durch Herabgabe eines besonderen Zuschusses eingegriffen, um auch in solchen Fällen den Wohnungsbau noch zu ermöglichen. Im ganzen sind bis zum Frühjahr 1925 10 050 Wohnungen finanziert worden, darunter 49 Proz. Hochbauten (4 oder 5 Stockwerke), 28 Proz. Mittelbauten (bis zu 3 Stockwerken) und nur 23 Proz. Flachbauten. Da der Bedarf an neuen Wohnungen in Berlin immer noch auf 100 000 geschätzt wird, so bedeuten 10 000 Wohnungen eine leider sehr geringe Milderung des Wohnungsmangels. Man sieht, wie berechtigt die Forderung ist, daß der Hauszinssteuerertrag in weitestem Maße wirksam für den Wohnungsbau verwendet wird.

Die Ausstellung ist geöffnet vom 23. Oktober bis zum 1. November täglich von 9—4 Uhr.

Jung gefreit hat nie gereut

Dieser alte, oft angezwelfte Rat ist auch heute noch weise und gut, nur muß die Frau ihrem Ehemann stets begehrenswert erscheinen. Sie darf ihr Äußeres, vor allem ihren schönsten Schmuck, das Haar, nicht vernachlässigen. Ein wohlgepflegtes, leuchtendes Haar verleiht auch einem minder schönen Antlitz unendlichen Liebreiz. Und wie leicht ist heutzutage die Pflege dieses natürlichen Kleinodes: man wäscht es wöchentlich einmal mit dem idealen Kopfwaschmittel „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ und hat so die Garantie, die beste Haarpflege auszuüben. Millionen verdanken diesem Präparat die herrliche Fülle ihres Haares. Verlangen Sie daher beim Kauf nur dieses Fabrikat, kurz gesagt: „Schwarzkopf-Schaumpon“.



Der Segen Groß-Berlins. Aus dem Verwaltungsbezirk Köpenick.

„Los von Berlin!“ und „Nieder mit der sozialistischen Wirtschaft!“ das waren die ständigen Parolen, die in den ersten Jahren des neuen Berlin von den bürgerlichen Hauptstreikern Stein und Mier in fast jeder Bezirksversammlung ertönt wurden.

Die größten Aufwendungen muß der Bezirk machen für den durch die Kleinbürgerliche Verwaltung einzelner Gemeinden bis zur Eingemeindung rückständigen Ausbau bei Tief- und Hochbauverwaltung, Wohlfahrtspflege und sonstigen allgemeinen Fürsorge.

Wählerpropaganda. In einem Vereinslokal tagt eine Versammlung, die sich mit den Verhältnissen in Berlin im Wohnungsbau auseinandersetzt.

Auflösung des Gutsbezirks Seefeld. Nach endlosen Verhandlungen mit den zuständigen Behörden, bzw. Meinungsaustausch der Einwohnerschaft untereinander, ist nunmehr von der Behörde eine Abstimmung über die Zukunft des Gutsbezirks Seefeld am Sonnabend, den 24. h. m. Sonntag, den 25. Oktober 1925 festgesetzt.

Wetter für Berlin und Umgegend. Weiterhin mild, meist bewölkt, mit Regenschauern. Für Deutschland. In ganz Deutschland sehr milde, im Norden regnerisch.

besten, welche Forderungen und Wünsche nicht nur berücksichtigt, sondern auch zur Durchführung gelangen müssen, um das Ziel zu erreichen, welches sie sich gestellt haben.

Wähler-Kundgebungen

- Freitag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Tiergarten: Roabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 23.

Redner: Aufhäuser, Erwin Barth, Bublitz, Brüdner, Rob. Breuer, Brolat, Claus, Dittmer, Ehardt, Dr. Friedländer, Falkenberg, Gutschmidt, Händel, Ad. Hoffmann, Henke, Hermes, Hof, Dr. Herz, Krause, Kohle, Dr. Kauer, Erna Kresse, Käming, Kuttner, Künstler, Modt, Kreuziger, Leid, Landa, Litke, Lempert, Dr. Lohmann, Lüdemann, Otto Meier, Mieliß, Peters, Poetsch, Pfannkuh, Dr. Roeder, Rohde, Reuter, Rosemann, Reimann, Elisabeth Riedger, Ruben, Adele Schneider, Stellung, Karl Schneider, Elise Scheibenhuber, Dr. Treif, Mianna Todenhagen, Thurm, Ulrich, Wets, Dr. Weinberg, Wermuth, Clara Weyl, Jubel.

Tagessordnung: „Eine ernste Mahnung in letzter Stunde.“

- Sonnabend, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Schöneberg: Lindenhof (Siedlung), Ledigenheim Hahelhorst; Sporthaus. Galow: „Zur Linde“ (Inh. W. Krause).

Tagessordnung: „Haltet am Sonntag Abrechnung!“

„Es lebe das sozialdemokratische Berlin.“

In einer Beamtenversammlung des Bezirksamts Kreuzberg sprach Genosse Stadtrat a. D. Voeglich. Die gemaltige Beamtenliste hat, so führte der Redner aus, auch eine ganze Anzahl Persönlichkeiten unter sich, die selten wissen, was sie eigentlich wollen.

Haltet am Sonntag Abrechnung! Es lebe das sozialdemokratische Berlin.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Heute, Freitag, den 23. Oktober:

- 21. Abt. 7 Uhr treffen sich die Genossen in den Vorarbeiten zur Versammlung. Am Sonnabend, den 24. Oktober, nach der Kundgebungsversammlung, 7 Uhr, Funktionärsversammlung bei Frau, Ulmerstr. 11.

Morgen, Sonnabend, den 24. Oktober:

- 2. Abt. 5 1/2 Uhr treffen sich die Mitglieder und deren Frauen am Kaiser-Franz-Oberstiller-Platz am Potsdamer Platz mit Musik.

Advertisement for POLAK PUDDING with a logo and the slogan 'Die echten holländischen POLAK PUDDING' and 'Dem Kinde stillst du jedes Weh, Gibst du ihm Pudding A.T.P.'.

Die neuen Klagen der Landwirtschaft.

Ernteaussfall und Schuldentrückzahlung.

Der Reichslandbund rüstet wieder zu großen Kundgebungen, mit denen er der Regierung die Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung der Landwirtschaft glaubhaft machen will. Wie das in solchen Fällen Sitte ist, treten nun auch die amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft auf, um für diese politische Aktion mit sachlichem Material die notwendige Stimmung zu machen. So hat sich die preussische Haupt-Landwirtschaftskammer als Spitzenorganisation der preussischen Landwirtschaftskammern bereits mit den aktuellen Fragen befaßt, und gestern berief der Deutsche Landwirtschaftsrat die Vertreter der Tages- und Fachpresse zu einer Besprechung, in der ausführlich über die Lage der Landwirtschaft geredet und wenig gesagt wurde.

Die Beurteilung der Ernte.

Präsident Dr. Brandes erklärte, daß die diesjährige Ernte nicht voll den Erwartungen entspreche, die man nach den Augenschätzungen gehabt habe. Eine Referente konnte nicht mehr in Betracht. In einzelnen Gegenden seien durch die Wässer Schädigungen eingetreten. Die Ernte von Roggen ist als etwas über mittel zu bezeichnen, die von Weizen mindestens ebenbürtig. Schlecht sei die Haferernte. Die Hackfrüchtlernernte stehe noch nicht genau fest; die Kartoffelernte sei mittelmäßig oder noch besser, die Rübenenernte jedoch ist noch nicht klar zu übersehen. Die Schwierigkeiten der Landwirtschaft rührten daher, daß man in den vorangegangenen Jahren große kurzfristige Kredite eingegangen sei, die nur durch den Ertrag mehrerer auf einander folgender Referenten abgedeckt werden könnten. Andernfalls sei die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Hypothekenschulden notwendig, womit die Rentenbank mit ihrer 100-Millionen-Mark-Anleihe den Anfang gemacht habe. Es sei unmöglich, die Kredite zwangsweise einzutreiben, weil sonst zahlreiche Landwirte durch den Sturz der Güterpreise ruiniert werden würden. Es käme darauf an, die Zahl der Zusammenbrüche, von denen viele ohnehin erfolgen würden, auf das im Interesse der Gesamtwirtschaft gebotene Maß zu beschränken.

Die Verforgungsplage.

Oekonomierat Keiser gab nun eine ausführliche Schilderung der Lebensmittelverförgung, insbesondere auch bei Fleisch und anderen tierischen Produkten. Es fehle weder an Brotgetreide noch an Milch noch auch direkt an Fleisch. Ueberall aber besorgte der Verbrauch die qualitativ hochstehenden Produkte, während Kartoffeln und Roggen weniger verbraucht würden, so daß bei Kartoffeln sogar Verförgungsschwierigkeiten nach Eintritt des Frostes zu befürchten seien. Die Preisabwärtigung der Reichsregierung habe Flasco erlitten; nur die Lebensmittelpreise seien etwas gefallen, daneben noch die für Häute und Leder, sonst aber sind sich die Preise gleich geblieben. Wenn das der Verbraucher nicht so spüre, so liege das daran, daß die Preisspanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis außerordentlich hoch sei. Für diese Entwicklung gab der Redner eine ganze Reihe von Beispielen. Er stellte fest, daß infolge der Preislenkung für Lebensmittel beim Erzeuger unter Hochhaltung der Preise für andere Waren die sogenannte Preisschere bereits wieder offen sei. Das Gesamtbild sah er folgendermaßen zusammen:

Ausreichendes Angebot fast auf der ganzen Linie. Niedere Erzeugerpreise, aber starke Verteuerung des Verteilungsprozesses wegen Kapitalmangel und Zerstückelung der Kräfte. Mißverhältnis zwischen den Preisen der Lebensmittel und allen übrigen Bedarfsgegenständen. Nötig ist vor allem Abbau der Zinsen und Steuern und Verminderung der an der Verteilung beteiligten Stellen.

Dr. Schindler referierte darauf über die Preisgestaltung und Weltverförgung in Getreide. Er gab einen allgemeinen Ueberblick über die Marktlage, die infolge der günstigen Ernte auf der nördlichen Erdhälfte rückläufige Preise zeige, doch strebe der Bedarf der südlichen Erdhälfte noch nicht fest. Daher hat in der Preisgestaltung der letzten Zeit eine starke Reversität Platz gegriffen. Interessant ist, was der Redner über die Beurteilung der Aussichten in der Nachfrage von Getreide sagte:

Größte Unsicherheit besteht auf der Nachfrageseite. Hier weiß man nur, daß die Zuliefergebiete allenthalben gute Ernten erzielt haben und durchweg weit geringere Importbedürfnisse in diesem Jahre geltendmachen werden, als es im Vorjahre der Fall war. Andererseits darf man nicht außer acht lassen, daß der Umfang der Importe dieser Gebiete im wesentlichen davon abhängt, ob ihre finanzielle Kaufkraft eine Besserung der Lebenshaltung ermöglicht oder nicht. Bleibt die Kaufkraft weiterhin so niedrig, wie sie in den letzten Jahren sowohl in Mitteleuropa, wie auch in den west- und nordeuropäischen, gleichfalls in finanziellen oder in Währungsschwierigkeiten be-

hindischen Staaten gewesen ist, so kann auch nicht mit annähernd der gleichen Kaufkraft auf den Weltmarkt, wie im letzten Jahr gerechnet werden. Das Moment der Steigerung der Kaufkraft ist jedoch derart, daß es sich augenblicklich der Beurteilung eines Marktbeobachters entzieht, es hängt vielmehr eng zusammen mit den wirtschafts- und allgemeinpolitischen Problemen, die gegenwärtig den Hauptarbeitsgegenstand der hohen Politik bilden.

Uns will scheinen, als ob die Darstellung der Ernteverhältnisse in Deutschland mit Rücksicht auf den Zweck, den die Ausführungen verfolgten, recht schwarz gefärbt ist. Man hat sich im Landwirtschaftsrat große Mühe damit gemacht, die Forderungen der Großagrarier sachlich zu begründen, im Gegensatz zum Reichslandbund, der lediglich mit geschwollenen Redensarten arbeitet. Wenn aber zum Beispiel behauptet wurde, daß die Zölle sich nicht auf dem Weltmarkt auswirken, und wenn man dafür Zahlen zu belegen suchte, so war dabei nicht genügend der Qualitätsunterschied des ausländischen und des deutschen Weizens berücksichtigt. Wir haben dieses Jahr eine weit über dem Durchschnitt stehende Ernte und die amtliche deutsche Erntestatistik, die den agrarischen Darstellungen immer zugrunde gelegt wird, gibt sicherlich die Erntezahlen eher noch wesentlich zu niedrig als zu hoch an. In Wirklichkeit dürften wir von den durchschnittlichen Vorkriegsergebnissen nicht mehr wesentlich zurückbleiben, wie auch des näheren an dieser Stelle bereits ausgeführt worden ist. Wenn dem aber so ist, so muß die deutsche Landwirtschaft veranlaßt werden, ihre Kredite nach Möglichkeit zurückzahlen, und Ausnahmen dürfen nur dort gemacht werden, wo wirklich schwere Nachteile für die Produktion bei einer sofortigen Rückzahlung zu befürchten sind. Das werden wahrscheinlich nur Einzelfälle sein, von denen bei der bekannten Klage der deutschen Agrarier die meisten einer außerordentlich scharfen Nachprüfung bedürfen. Im übrigen ergaben die Ausführungen der Referenten, wie

fehlerhaft die Politik der Landwirtschaft

gemeint ist, als sie den Industriezöllen zustimmen. Die Industriezölle wirken sich, dank der Kartellmacht, vollständig aus und verhindern einen Abbau der Preise. Die Preise für Agrarprodukte sind aber trotz des Zollschildes von den Schwankungen am Weltmarkt in hohem Maße abhängig, und es ist daher kein Wunder, daß bei der augenblicklichen Depression des Weltmarktes sich das Verhältnis der deutschen Zollgeschützten Agrarpreise zu den noch wirksamer Zollgeschützten Industriepreisen für die Landwirtschaft nachteilig gestalten mußte. Für die industrielle Ueberbetonung tragen die deutschen Agrarier mit ihrer Zustimmung zum Zollgesetz die volle Verantwortung. Sie haben kein Recht, sich über die Preisschere zu beschweren, nachdem sie selbst den Abbau der Industriepreise verhindert hätten.

Wenn nun Dr. Schindler mit besonderer Nachdruck darauf hinwies, daß die Gestaltung des Abzuges am Weltmarkt in hohem Maße von der Kaufkraft der Industriestaaten abhängt, so kann man sich nur darüber wundern, daß diese Weisheit nicht ebenfalls bei den Zollberatungen von der Landwirtschaft für Deutschland vertreten worden ist. Dann nämlich hätten sie gegen den lukulenten Schutz zoll gestimmt, dessen Nachteile sie jetzt selbst zu spüren bekommen, dessen Schädigungen aber noch mehr die Verbraucher zu tragen haben, die ja die Kunden der Landwirtschaft sind. Diese darf sich dann nicht darüber wundern, wenn die Kaufkraft der deutschen Konsumenten bei überwerteten Preisen für Industriefabrikate nicht dazu ausreicht, den Konsum auch an Agrarerzeugnissen wesentlich zu steigern, und es ist dann nicht erstaunlich, wenn gerade der Absatz an hochwertigen Produkten darunter leidet und wenn zum Beispiel an Milch oftmals ein Ueberfluß zulage tritt, während Tausende von Arbeiterkindern nicht damit versorgt werden können.

Es ist immerhin von Interesse, die Gebantenengänge zu kennen, mit denen die Agrarier ihre neuen Ansprüche auf Hilfeleistung des Reiches begründen. Wir würden aber wesentlich weiterkommen, wenn die Agrarier auch der Fehler gedankt würden, die sie selbst in ihrer Wirtschaftspolitik durch die wohllose Vergebung landwirtschaftlicher Kredite und durch die künstliche Verteuerung der Industriefabrikate zum Schaden ihres Standes gemacht haben. Das jedoch verbietet ihnen die politische Befangenheit ihrer reaktionären Führer.

zugenommen hat. Für qualitativ geringwertigere Waren konnte in größerem Umfange Maschinenarbeit eingeführt werden. Aber auch aus den Kreisen der Heimarbeiter (qualifizierte Handarbeiter) ist festzustellen, daß sie heute wesentlich intensiver arbeiten, als vor dem Kriege.

Die Ausfuhr der Schirmgestellindustrie ist auf etwa zwei Fünftel ihres Vorkriegsumfanges zusammengeschrunft. Trotzdem kann man hier nicht von einer akuten Krise sprechen. Die Industrie hat ihrer Produktion engere Grenzen gezogen und ist in deren Bereich knapp ausreichend beschäftigt. Für die Industrie der Fahrradteile ist die übliche Herbstkaufe eingetreten. Daß diese Veranlassung für Kurzarbeit gibt, ist ein Zeichen der Kapital- und Kreditnot, die in allen Zweigen der Solinger Industrie zu finden ist. Der teure Kredit (19 Proz. pro Jahr für Kreditnahme bei den Solinger Banken) macht manches Geschäft unmöglich, auch wenn an sich Kredit zu bekommen wäre. In dieser Beziehung ist der Solinger Industrie wenig Möglichkeit zur Abhilfe gegeben, weil sie stark zerstückelt und für große und billige Kreditabschlüsse nicht geeignet ist.

Die Steuerforderungen des Montantruffs.

Solingen, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Montantruff ist eine endgültig beschlossene Sache. Ueber die Anteile der einzelnen Beteiligten ist eine Einigung erzielt worden in der Weise, daß auf die Werke der Rhein-Elbe-Union 38 Proz., auf Thyssen und auf Phönix je 26 Proz. und auf die Rheinischen Stahlwerke 10 Proz. entfallen. Die Rheinischen Stahlwerke behalten ihren Thyssensitz, weil dieser der Verförgung der Bodischen Anilin- und Sodafabrik dient, die 35 Proz. des Kapitals von Rhein Stahl besitzt.

Der endgültige Abschluß verzögert sich lediglich noch, weil der Montantruff vom Reich eine steuerliche Vorzugsbehandlung verlangt. Wie die „Essener Bergwerks-Zeitung“ mitteilt, haben sich die maßgebenden Herren des Truffs an die Deutsche Volkspartei gewandt mit dem Verlangen, dafür zu sorgen, daß die Fusionssteuer aufgehoben wird. Die Volkspartei hat diese Forderung abgelehnt mit der Begründung, daß man damit die Forderungen der Sozialdemokratie auf Ermäßigung der Lohn- und Umsatzsteuer provozieren würde. Rühmlich sollen die von den Trufffirmen als Studiengesellschaft gegründeten Vereinigten Stahlwerke Aktiengesellschaft mit den Steuerbehörden über ganz außerordentliche Ermäßigungen der Fusionssteuer für den Truff verhandeln. Der Vorgang ist sowohl für die Annäherung der Montanherrn gegenüber der Staatsgewalt wie auch für ihr Verhältnis zur Deutschen Volkspartei bezeichnend.

12 Millionen Mark Ueberfluß.

Solingen, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch und der Köln-Neuessener Bergwerksverein, die miteinander in Interessengemeinschaft stehen, haben im vergangenen Geschäftsjahre einen Ueberfluß von 12.309.217 Mark erzielt, wie in den heutigen Ausschichtungsberichten mitgeteilt wurde. Aus diesem Betrage wird jedoch keine Dividende verteilt; es werden insgesamt 10,7 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen. Obwohl die beiden Firmen keine Dividende verteilen, beweist doch die Höhe der Abschreibungen, die verhältnismäßig sehr hoch bemessen sind, daß ein günstiges Betriebsergebnis erzielt werden konnte. Wie so manche Abschüsse aus der rheinisch-westfälischen Schmelzeindustrie, zeigen auch diese Abschüsse wieder, daß es der Industrie nicht so schlecht geht, wie sie gern wahr haben möchte.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 21. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 14. Oktober (125,1) um 1,4 Proz. auf 126,5 zurückgegangen. Geunken sind die Preise für Kartoffeln, Butter, Schmalz, Zucker, Fleisch, Hopfen, Benzin und Maschinöl. Höher lagen die Preise für Milch, Baumwollgarn und die meisten Textilrohstoffe. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 121,1 auf 117,7 oder um 2,8 Proz. nachgegeben, während die Industrierohstoffe von 132,8 auf 133,8 oder um 0,8 Proz. anjogen.

Rahmlozern und Berliner Pfandbriefamt. Daß die im Hypothekengeschäft arbeitenden gemeinwirtschaftlichen Banken bei der ungenügenden Kapitalbildung in Deutschland ihre Not haben, darf um der Mündelsicherheit der Pfandbriefe willen die Banken nicht zu Geschäftsverleuten, die nicht absolut sicher sind. Die Berliner Pfandbriefbank scheint diesen Grundlag wenigstens in der Zeit, in der es seine Hypothekengeschäfte mit dem Rahmlozern machte, nicht genügend beobachtet zu haben. Wie gemeldet wird, hat es drei Firmen des Rahmlozerns (Stoßmotorpflug - Alles - Liebe) in einer Zeit, als im ganzen nur 14,68 Goldpfandbriefe von ihr umflogen, davon 6 1/2 Millionen Pfandbriefe gegen eine Hypothek auf deren Liegenschaften gegeben. Die drei Firmen haben die Pfandbriefe bei ihren Banken zu 50 Proz. lombardiert. Von diesen Banken sollen jetzt, nachdem die einjährige Sperrfrist abgelaufen ist, mehrere Hunderttausend Mark auf der Börse verkauft worden sein, was bei den spröden Pfandbriefen des Berliner Pfandbriefamtes zu einer Kursenkung von 2 Proz. geführt hat. Das Pfandbriefamt war m. a. W. nicht in der Lage, das Angebot ihrer Pfandbriefe aufzunehmen. 2 Proz. sind bei mündelsicheren Pfandbriefen eine schwere Belastung für das Vertrauen der Sparer. Die Mündelsicherheit ist natürlich nicht in Frage gestellt, aber der Sinn der Mündelsicherheit ist ja gerade ein fester Kurs. Der Fall zeigt, wie vorzüglich bei der heutigen unsicheren Ertragslage der Industrie, wo der Schätzungs- oder Bilanzwert von Liegenschaften und Gebäuden absolut nichts für deren Dauerwert belegen, die Pfandbriefbanken mit der Gewährung von Industriebriefen sein müssen. Zur Beunruhigung über die Sicherheit von Goldpfandbriefen liegt hier natürlich kein Anlaß vor. Einmal ist der Kurs schon wieder um 1 Proz. gestiegen. Zum anderen machen die Industriebriefen bei der Berliner Pfandbriefbank heute nur 1/4 aus. Zudem liegt der Fall der Gewährung dieser Hypotheken weit zurück, und es hafter für die Pfandbriefe nicht nur das Pfandbriefamt selbst, sondern auch die Stadt Berlin. Das aus den Erfahrungen beim Rahmlozern sich ergebende Memento muß aber beachtet werden.

Zwangssyndikate in der Zigarettenindustrie? Angesichts der durch die katastrophale Ueberproduktion in der Zigarettenindustrie geschaffenen Lage hatten vor einigen Monaten die mittleren und kleineren Fabriken der Zigarettenindustrie die Idee einer zwangsweisen Kontingentierung der Zigarettenproduktion und der Tabakeinfuhr propagiert. Die Verhandlungen, die nach dieser Richtung hin geführt wurden, scheiterten daran, daß die großen maßgebenden Fabriken, besonders die Konzernfabriken, diesen Plänen ablehnend gegenüberstanden. Nun ist neuerdings die Idee eines Zwangssyndikates für die Zigarettenindustrie in der Öffentlichkeit aufgetaucht und man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß hinter diesen Zwangssyndikaten wiederum die kleineren und mittleren Fabriken stehen. Es ist sogar in Presseveröffentlichungen zu dieser Frage von Verhandlungen zur Bildung eines Zwangssyndikates die Rede gewesen. Nach unseren Informationen haben Verhandlungen nicht stattgefunden. Die maßgebenden Zigarettenfabriken, die Konzernfabriken, sind der Ansicht, daß nichts vertretbarer wäre als zurzeit ein Zwangssyndikat zu bilden, da dies nur dazu führen würde, völlig unrentable und deshalb jeder Existenzberechtigung entbehrende Betriebe künstlich am Leben zu erhalten. Im Zusammenhang mit diesen falschen Nachrichten sind Meldungen in der Öffentlichkeit erschienen, daß nach Deutschland zuviel Tabak hereinkomme, der nicht verarbeitet werden könne und deshalb verderbe. Nach den uns zuteil gewordenen Auskünften entbehren diese Meldungen jeder tatsächlichen Grundlage. Die größeren Zigarettenfabriken, welche den Tabak direkt aus dem Orient beim Tabakbauern kaufen, werden sich hüten, mehr Tabak herinzunehmen, als sie zu verarbeiten in der Lage sind. Sie müssen ihre Einkäufe ja bar bezahlen. Glaube aber jemand, daß Tabakhändler Tabak nach Deutschland hereinnehmen, für den sie keine Absatzsichten haben? Die Entwicklung wird später wohl zum Syndikat der großen Firmen, zum Monopol führen. Die Vereinigung der Industrie von unrentablen Betrieben ist notwendig. Sorge zu tragen wäre dafür, daß ein solches Monopol nicht ausschließlich von Privatinteressen beherrscht wird.

Staatliche Bäckereireformen in Rußland. Durch ein soeben veröffentlichtes Dekret der Sowjetregierung wird in Rußland das Institut der staatlichen Bäckereireformen geschaffen. Die Aufgaben des Instituts sind die Revision der Jahres- und Liquidationsbilanzen der zur Publizität verpflichteten Behörden und Unternehmungen (darunter auch Konzeptionsfirmen und gemischtgesellschaften), die Erläuterung von Gutachten über alle Fragen der Rechnungsführung usw. Die Mitglieder des Instituts erhalten das ausschließliche Recht, auf Antrag der staatlichen Organe Gutachten über alle Fragen der Rechnungsführung und Buchhaltung zu erstatten.

Schwere Krise im Solinger Industriebezirk.

In der Metallindustrie des Solinger Industriebezirks breitet sich eine schwere Krise mit unheimlicher Schnelligkeit aus. Zwar ist die Zahl der unterstützten Vollerwerbstätigen noch verhältnismäßig gering (in der vorigen Woche 675 mit 1160 Familienangehörigen), aber man weiß ja, wie die Vorkrisen über die Wirklichkeit der Erwerbslosenfürsorge die Zahlen der Unterstützten willkürlich drücken. Dagegen ist die Ausbreitung der Kurzarbeit, die schon eine allgemeine Erscheinung geworden ist, ein richtigerer Maßstab für den Umfang der Krise. Seit zwei bis drei Wochen hat insbesondere die Zahl der großen Fabrikbetriebe stark zugenommen, die Kurzarbeit einführen. Jetzt hat auch die weltbekannte Firma Henckels (Zwillingswerk), die noch in der Fertigstellung eines großen Erweiterungsbaues begriffen ist, Kurzarbeit eingeführt.

Es handelt sich bei sämtlichen Zweigen dieser Industrie (Solinger Stahlwaren, Fahrradteile, Schirmgestelle) um ausgesprochene Exportfabrikationen. Die eigentliche Stahlwarenindustrie z. B. muß 75-80 Proz. ihrer Produktion ins Ausland verkaufen. Es liegt deshalb nahe, die Gründe für die Krise überwiegend im Exportgeschäft zu suchen. Gerade die gegenwärtige Verförgung der Krise läßt aber erkennen, daß auch der Ausfall im Inlandsgeschäft eine große Bedeutung hat. In den letzten Monaten vor Weihnachten war die Industrie immer stärker als im Jahresdurchschnitt für deutsche Besteller beschäftigt. Sie muß aber in diesem Jahre auf die inländischen Weihnachtsaufträge größtenteils verzichten. Die Solinger Industrie- und Handelskammer schließt aus dem Stand des Inlandsgeschäftes: „Die Kaufkraft der Bevölkerung geht offensichtlich immer mehr zurück.“ Die Krise, wie sie im Verhältnis von Ausstrommenge und Arbeiterzahl zum Ausdruck kommt, ist schließlich in ihrer Schärfe auch dadurch mitbestimmt, daß die Intensität der Arbeit erheblich

Das Misstrauensvotum abgelehnt.

Mit 220 gegen 158 Stimmen — Fortsetzung der Justizdebatte im Landtag.

Der Landtag stimmte gestern nach 2 Uhr über das deutsch-nationale Misstrauensvotum gegen Severing ab. Die Kommunisten sind zwar vollständig im Saale, geben aber keine Stimmlisten ab. Die Mehrheit der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmt für den Misstrauensantrag, während die Minderheit gelbe Stimmenthaltungsarten abgibt.

Präsident Bartels verkündet dann als Ergebnis der Abstimmung, daß im ganzen 334 Stimmlisten abgegeben sind, der Landtag also beschlußfähig ist.

Für den Misstrauensantrag sind 158, dagegen 220 Stimmen abgegeben worden.

Weiter sind 6 Stimmenthaltungsarten abgegeben worden. Die Ablehnung des Misstrauensantrages wird von der Linken mit lautem Beifall aufgenommen, der sich durch handclaffische Verstärkung, als von der rechten Seite geißelt und gerufen wird: „Das nächste Mal!“

Zum ersten Titel der dauernden Ausgaben (Ministerium, Besoldungen) beantragt Abg. Dallmer (Dnat.) getrennte Abstimmung über das Ministergehalt.

Präsident Bartels erklärt diesen Antrag für ungewöhnlich und stellt dem Landtag die Entscheidung anheim.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.): Solche Teilungen sind oft beantragt worden. Wir halten den Antrag Dallmer durchaus für zulässig. — Zur Abstimmung selbst habe ich folgende Erklärung abgegeben: Nach der Überzeugung meiner politischen Freunde ist mit der Abstimmung über das Misstrauensvotum die politische Entscheidung gefallen. Nachdem sie gefallen ist, würde eine Abstimmung über das Gehalt lediglich eine Geste sein, die genau dasselbe Resultat ergeben würde. Unter diesen Umständen werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten (Rechts links) und behalten uns die Stellungnahme für die dritte Lesung vor.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten entscheidet der Landtag für Trennung der Abstimmung gemäß dem Antrag Dallmer.

Für das Ministergehalt erheben sich die Sozialdemokraten, Demokraten, das Zentrum und einige Wirtschaftsparteiler. Die Gegenprobe ergibt die Bewilligung des Ministergehalts gegen Deutsch-nationale und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei.

Die Anträge des Hauptauschusses zur Verwaltung des Innern und zu den Angelegenheiten der Polizei werden angenommen.

In der wieder aufgenommenen allgemeinen Besprechung zum Justizhaus hat sich

Abg. Haase-Vogel (Wirtsch. Bg.) dafür ein, daß in der Frage der Behandlung der Aufwertungsanträge die Gebührenfreiheit auch auf Hypotheken ausgedehnt werde.

Dann wird vom Regierungssitze eine Darstellung über die Neuordnung des Prüfungswesens gegeben. Danach erstreckt sich die Referendardprüfung jetzt auf zwei Tage. Bei der großen Staatsprüfung sei die Relation beibehalten; an ihre Stelle sei die praktische Arbeit getreten. Es müsse z. B. ein Urteil auf Grund von Akten angefertigt werden.

Abg. Dr. Körner (Dnt.) teilt unter lebhaftem Hört! Hört! seiner Parteifreunde mit, daß er vom Staatssekretär Fröhe zum Justizministerium wegen Neubergerungen, die er als Abgeordneter gegen den Minister getan hat, in seiner Stellung als Beamter zur Verantwortung gezogen worden sei. Das verträge sich nicht mit der Immunität.

Staatssekretär Fröhe erwidert darauf, daß eine Verständigung mit Dr. Körner ausgeschlossen sei.

Hierauf erklärte der Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums Dr. Weismann: Die im Disziplinarverfahren gegen den jetzigen Oberlandesgerichtsrat Dr. Gutjahr ausgesprochene Behauptung, ich hätte verurteilt, Herrn Gutjahr, der damals die Sache Ellarz bei der Staatsanwaltschaft bearbeitete, durch Angebot einer hohen Geldsumme zu bestechen, damit er das Verfahren gegen Ellarz einstelle, ist ebenso unwirksam wie unwahr. Ich habe als Staatsminister für die öffentliche Ordnung lediglich im Einverständnis mit dem Justizministerium Gutjahr auseinandergesetzt, daß die öffentliche Sicherheit, die durch den Fall Ellarz und die damit zusammenhängende leidenschaftliche politische Befämpfung einzelner namhafter Politiker erheblich gefährdet sei, dringend verlange, daß endlich der Fall zu Ende geführt würde.

Abg. Kuffner (Soz.):

Selbst ein so rechtsstehender Mann wie der frühere bayerische Minister Schweger hat die bedenkliche Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Rechtspflege konstatieren müssen. Der Krebsknoten liegt darin, daß vom Richter in gewissen Kreisen, auch in Richterkreisen, mehr Korrektheit als Rechtsgefühl verlangt wird,

daß Richter, bei denen, wie bei Kroner, das Rechtsgefühl durchbricht, verdammt. Auf diese Art wird mit der richterlichen Unabhängigkeit der schlimmste Mißbrauch getrieben. Der Ansturm gegen parlamentarische Untersuchungsausschüsse begann mit dem Moment, wo diese Ausschüsse auch auf gewisse Mängel in der Rechtspflege stießen und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wurde. Wenn wir sehen, daß die Kritik immer da einsetzt, wo ein Richter das Magdeburger Urteil kritisiert, daß er aber schweigt, wenn ein völkischer Staatsanwalt sich Liebergriffe erlaubt, so geht doch schon daraus hervor, wie wenig Wert die Selbstbeherrschungen der Richter besitzen. Wir hören gestern und heute, daß jede Beeinflussung der Staatsanwaltschaft durch das Justizministerium auszuhalten sei. Wenn das von Seiten der Parteien erklärt wird, die das alte System vertreten, so liegt darin die ungeheuerlichste Heuchelei.

Unter dem alten Regime

mußte die Staatsanwaltschaft ihre Schriftsätze und Anträge dem Justizministerium vorlegen. Wehe dem Staatsanwalt, der eine Korrektur des Justizministeriums abgelehnt hätte, der auch nur hätte durchblicken lassen, daß es sich nicht um seine eigene Ansicht handele. Für dieses System haben damals die Herren auf der Rechten kein Wort der Verurteilung gefunden. Heute müssen wir erleben, daß zwei junge, grüne Staatsanwaltschaftsessenoren monatelang dem Justizminister auf der Nase herumtanzen konnten. Der Untersuchungsausschuss hat ja darüber sein Urteil gefällt, er hat festgestellt, daß die Angriffe der Herren Baumeister und Leopold völlig ungerechtfertigt waren und ferner, daß diese unwahren Tatsachen den beiden Herren von den beiden Assessoren mitgeteilt worden sind. Das ist doch ein ziemlich starkes Stück, das hätte einmal ein Assessor von der Staatsanwaltschaft unter dem alten System wagen sollen! Der Ausschuss hat auch festgestellt, daß die Herren Leopold und Baumeister vollkommen im Unrecht sind und das ist festgestellt worden.

mit Zustimmung auch der Deutschnationalen.

Herr Baumeister erwidert aber darin ein völliges Verlegen der nationalen Opposition. Der Staatsanwaltschaftsprofessor Ruhmann hat vor dem Ausschuss erklärt, er sei durchaus unpolitisch, aber sei ein deutscher Mann und ein Preuße. An demselben Tage, wo er das im Ausschuss erklärte, erschien von ihm im deutsch-nationalen „Tag“ ein Artikel, in dem u. a. der Satz zu lesen ist: „Gindenburg-Deutschland macht keine Spritzschießungen.“ An dieser Probe können Sie sich vorstellen, wie der Mann redet, wenn er politische Prozesse führt. Ich will mich nicht näher verbreiten über Dinge, die am 11. November Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens gegen Herrn Ruhmann sein werden. Ich will nur erwähnen, daß es sich bei der bei Ruhmann vorgenommenen Hausdurchsuchung um recht schwere Vergehen gehandelt hat, wegen deren er angeklagt wird, und daß es also reichlich tendenzlos ist, wenn man der Kriminalpolizei aus ihrem Vergehen einen Vorwurf macht.

Ich wende Herrn Ruhmann vor, daß er in der Barnat-Sache, wo er in keinem Amt als Staatsanwalt unparteilich vorgehen sollte, Verbindungen angeknüpft hat mit einem deutsch-nationalen Bureau, diesem Informationen gab und andererseits den Inhaber dieses Bureaus mit Aufträgen betraug.

Was hätte die Rechte dazu gesagt, wenn ein Mitglied des republikanischen Richterbundes etwa zum „Vorwärts“ gelaufen wäre? Der dadurch erzeugte Skandal hätte für die Herren auf drei Jahre ausgewirkt. Noch nicht bekannt in der Öffentlichkeit wird sein, daß Herr Caspari in einer Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt Bohlo diesen Versuch hat, die Unterredung auf gewisse Fasse bei den deutschen Verlesern auszudehnen. Als der Oberstaatsanwalt das ablehnte, meinte Herr Caspari:

Man wird Sie zwingen, Herr Oberstaatsanwalt, man braucht Material zur Abrundung des politischen Bildes.

In diesem Zusammenhange erwähne ich, was die Herren von der DDB interessieren dürfte, daß ein gewisser Verkauf ein großes Aktenmaterial dem Bureau Anoll, den Kommunisten, auch den Deutschnationalen zum Kauf anbot; in diesen Akten befinden sich handschriftliche Notizen, dahin lautend, daß hier besonders schwer belastendes Material gegen Dr. Stresemann vorliege, der einen ausfälligen Verkehr mit dem General Kollet pflegte und der sich vor dem Reichswirtschaftsgericht lebhaft für die Schiebergeschäfte des Herrn Witwin einsetzte. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich glaube kein Wort davon; aber ich hebe hervor, daß man das Material zur Abrundung des politischen Bildes brauchte; wie wird Ihnen, Herr Stendel? (Große Heiterkeit.) Diese Akten hat Herr Caspari beschlagnahmt und sich darüber auch im Ausschuss geäußert. Im übrigen ist ja die Sache nunmehr reif für den Strafrichter geworden. Täglich hören wir von neuen Fernmemoranden.

Die heutige Rechtsicherheit ist ungenügend; schon der Zusammenschluß solcher Feme androhen Organisationen muß unter Strafe gestellt werden. Das Reichsbanner Schwarz, Rot, Gold ist viele Jahre später als Stahlhelm, Jungdo usw. als Abwehrinstrument gegründet worden. Der Keppel vor der Justiz muß löten gehen, wenn, wie im Striegauer Prozeß, der Richter einen Reichsbannermann, der auslag, ein Stahlhelmer habe einen Gummifüß hervorgezogen, sofort mit den Worten unterbricht: „Wie können Sie das behaupten? Es kann ja auch eine Flöte gemeint sein.“ (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Deetberg (Dnat.) behauptet, daß diejenigen, die das Magdeburger Urteil angreifen, es fast alle nicht gelesen hätten. Das Urteil habe keine Animosität gegen den früheren Reichspräsidenten gezeigt. Objektiv mußte das Magdeburger Gericht zum Tatbestand des Landesparlaments kommen. (Widerpruch links.)

Abg. Dr. Schwering (Z.) bezeichnet es als Mißgriff der Verwaltung, zwei so junge Verwaltungsbeamte wie Ruhmann und Caspari mit einer so schwierigen Angelegenheit wie der Barnat-Affäre zu betrauen. Die Drabstjcher, die die politischen Kinder Ruhmann und Caspari lenkten, hätten sich natürlich zurückgezogen. Die vorgelegten Stellen im Falle Ruhmann-Caspari seien aber einwandfrei vorgegangen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Stendel (D. Sp.) wird gegen 6 1/2 Uhr die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Jugendveranstaltungen.

Wittlicher! Aus Paderbornen Ferienkurse am Sonntag, den 8. November, im Großen Schauspielhaus nach Karten zum ermäßigten Preise zu haben. **Kölnung, Abteilungsleiter!** Sonst sofort, daß die noch ausstehenden Wanderformulare abgerechnet oder dem Sekretariat zurückgegeben werden. **Kölnung, Abteilungsleiter!** Deute, Freitag, von 3-7 Uhr, Abrechnung der Beitragsarten.

Heute, Freitag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Kölnung I: Schule Clemensstr. 20. Vortrag: „Das Volkstheater.“ — **Kölnung II:** Jugendheim Neue Anstalt, 21. Oktoberabend: „Gerhart Hauptmann.“ — **Kölnung III:** Jugendheim Donsart Str. 30. Vortrag: „Die Falschstrafe als Methode bürgerlicher Erziehung.“ — **Kölnung IV:** Vortrag: „Landesparlamentarismus.“ — **Kölnung V:** Vortrag: „1848-1870.“ — **Kölnung VI:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung VII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung VIII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung IX:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung X:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XI:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XIII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XIV:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XV:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XVI:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XVII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XVIII:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XIX:** Vortrag: „Jugendheim.“ — **Kölnung XX:** Vortrag: „Jugendheim.“

Wittlicher, Sonnabend, den 24. Oktober, 7 1/2 Uhr. Schule. Der Film vom Bombardier Jugendtag. Eintritt 50 Pf.

Wittlicher, Sonntag, den 25. Oktober, 10 Uhr. Schule. Thema: „Wirtschaft und Kultur.“ Referent: Gen. Abraham.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bei der herrschenden Geldknappheit ist es für viele eine Notwendigkeit, nicht sofort alles bar, sondern allmählich zu zahlen. Auf dieser Grundlage liefert bei kleinster An- und Abzahlung zu billigen Preisen die eleganteste Herren- und Damenbekleidung des bekannten **Central-Garderobehauses, Weismeyerstr. 3**; es empfiehlt sich daher, dort den Bedarf zu decken, und jeder wird zufrieden sein.

Was kann für eine Sache noch so wenig Geld ausgeben und sie unter Umständen doch zu teuer bezahlen. So kann es der Hausfrau mit Tees werden, deren Beruf sie nicht kennt. Sie wird deshalb aus nur, nur die Zeit zu finden, die in jeder Wohnung nicht nur auf, sondern auch unbenutzt vorüberzieht. Dies trifft besonders bei dem Tee „Teekanne“ zu. Dieser ist eben Teekanne von Tee der Marke „Teekanne“ recht als Garantie der Echtheit. Auf diese bekannte Teekanne, Teekanne, auch die Teekanne dieser Marke in höchsten Preisen sind durch ihre Qualität und Ausdauer im Gebrauch noch immer billiger als Tees anderer Marken. Eine erfreuliche Nachricht für alle Hausfrauen ist die Preisermäßigung für zur Gewinnlosen der Sonntag-Bekleidung. Dieses Preisermäßigung der bekannten Teekanne hat in überaus kurzer Zeit Eingang in alle Kreise der Bevölkerung gefunden und wird nicht nur zum einflussreichen Handel, sondern auch von führenden Damen der Hausfrauenbewegung als auch von den Lieferanten der verschiedenen Zweige der Textilbranche empfohlen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Mollige Winter-Mäntel
Mk. 49.-, 54.-, 60.-, 70.-, 80.-, 100.-
Mollige Jünglings-Mäntel
Mk. 29.-, 34.-, 38.-, 41.-, 50.-, 60.-
Sportpelze v. 150.-, Gehpelze v. 225.-

Billige Lebensmittel HERMANN

Kaffee frisch gebrannt, 24 an Pfund von 2.40 an	Wurstwaren	Wild u. Geflügel	Flandern grosse Pfd. 50 Pf.	Obst u. Gemüse	Kolonialwaren
Malzkaffee 1-Pfd.-Paket 28 Pf.	Hausm.-Sülze Pfund 48 Pf.	Gänse Okerbr., Pfd. v. 1.20 an	Fetthücklinge Pfund 45 Pf.	Kürbis Pfund 3 Pf.	Weizenmehl Pfund 19 Pf.
Gebrannte Gerste glasiert Pfund 23 Pf.	Rot.-u. Leberw. Pfd. 65 Pf.	Gänsestückenfl. Pfd. 1.10	Sprossen Pfund 55 Pf.	Weisskohl Pfund 3 Pf.	Bruchreis Pfund 19 Pf.
Krämlschokolade Pfund 85 Pf.	Knoblauchsw. Pfund 1.20	Gänsekeulen Pfd. 1.85	Grüne Herlinge Pfd. 18 Pf.	Wirsingkohl Pfund 4 Pf.	Haferflocken Pfund 24 Pf.
Margarine Pfund 60 Pf.	Hausm.-Leberw. Pfd. 1.20	Gänseklein n. Wag. Stück 1.80	Seelachs frisch o. K., 1/2 Pfd. 26 Pf.	Rotkohl Pfund 4 Pf.	Viktoria-Erbsen Pfd. 20 Pf.
Kokostoff 1-Pfd.-Tafel 70 Pf.	Jagdwurst Pfund 1.50	Gänsehautfett Pfd. 1.80	Scheilfisch frisch, grosse Pfd. 32 Pf.	Möhren gew. Pfund 5 Pf.	Hartgriss Pfund 25 Pf.
	ff. Leberwurst Pfund 1.50	Wildschweinsblat. Pfd. 1.20		Kochäpfel Pfund 9 Pf.	Schnittnudeln Pfd. 25 Pf.
	Mettw. n. Braunsch. Art, Pfd. 1.50	Wildschweinsrücken Pfd. 1.30		Himbeeräpfel Pfund 15 Pf.	Fadennudeln Pfund 33 Pf.
	Teowurst Pfund 1.80	Wildschweinskeule Pfd. 1.40		Goldparmanen 2 Pfd. 35 Pf.	Makkaroni Pfund 36 Pf.
	Zervelat u. Salami kolat. 1.90	Kaninchen geotr. Pfd. 95 Pf.		Gravensteiner 2 Pfd. 45 Pf.	Eier-Stückenmakk. Pfd. 42 Pf.

Gemüse- u. Obstkonserven

Stangenspargel 4 St. 2.90	Junge Erbsen mittel 90 Pf.
Stangenspargel mittel 3.35	Junge Erbsen fein 1.58
Stangenspargel stark 3.55	Kaisererbsen 2.40
Brechspargel klein 1.98	Wachsbohnen 75 Pf.
Brechspargel mittel 2.00	Pflaumen in Essig u. Zucker 80 Pf.
Brechspargel stark 2.98	Mirabellen 1.50
Gem. Gemüse 87 Pf.	Aprikosen 2 St. 1.05
Gem. Gemüse mittel 1.22	Reineclauden 1.75
Gem. Gemüse sehr fein 2.35	Pfirsiche ganze Früchte 1.05

In unserer Konfitürenabteilung:

Likörbohnen Pfund 1.30
Keksmischung Pfund 90 Pf.
Vollmilchschokolade Tafel 100g. 3 Tafeln 1.10
Schokoladengebäck Pfund 1.30
Nürnberg. Schokoladenprinten Pfd. 1.70

Frisches Fleisch

Kalbshamm Pfund 80 Pf.	Schweineschinken Pfund 1.15
Kalbsrücken Pfund 80 Pf.	Schweineschulterblatt Pfd. 1.15
Kalbskeulen Pfund 96 Pf.	Schweinerücken Pfund 1.20
Hammelfleisch Pfund 76 Pf.	Kasseler Pfund 1.30
Hammeikeulen Pfund 95 Pf.	Eisbein mit Spitzels Pfund 70 Pf.
Schweineköpfe gepökelt mit Sauc. Pfd. 50 Pf.	Lieser Pfund 1.25
Pu. Ochenschmorfl. o. Knoch. Pfund 1.20	Rinderrouladen Pfund 1.20
Suppenfleisch gefroren, Pfund 56 Pf.	Ochsenbacken gefroren, Pfund 54 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen, gefroren, Pfund 86 Pf.	Gehacktes Pfund 76 Pf.

Besonders Tischweine
Flaschenweinepreise ohne Steuer und Flasche

1923er Oberhaardter Malkammerer 1/2 Pfd. 70 Pf. 10 Pf. 6,50	1923er St. Martin Schlossberg 1/2 Pfd. 90 Pf. 10 Pf. 8,50
1921er Oberhaardter Malkammerer 1/2 Pfd. 1,25 10 Pf. 12,00	1921er St. Martin 1/2 Pfd. 1,50 10 Pf. 14,00
1921er Alsterweilener Letten 1/2 Pfd. 1,60 10 Pf. 15,00	1922er Königsbacher Mühlberg 1/2 Pfd. 1,85 10 Pf. 17,50
1922er Dürkheimer Rotwein 1/2 Pfd. 1,00 10 Pf. 9,50	1922er Pomerol-Bordeaux 1/2 Pfd. 1,60 10 Pf. 15,00
1922er Crü Mazerolle, Cuv. Blay. 1/2 Pfd. 1,85 10 Pf. 17,50	1921er Haut-Sauternes mildtrocken 1/2 Pfd. 2,10 10 Pf. 20,00
weisser Bordeaux 1/2 Pfd. 1,50 10 Pf. 14,00	Roter Tarragona volle Qualität 1/2 Pfd. 1,50 10 Pf. 14,00
Alter Malaga dunkel, sehr 1/2 Pfd. 1,35 10 Pf. 17,50	1922er Montagne-Rotwein 1922er Bockhorn Riesling 1/2 Pfd. 1,10 10 Pf. 14,50 1/2 Pfd. 1,20 10 Pf. 15,00

Fassweine zu Sonderpreisen
In den bekannten guten Qualitäten
Gettase (Flaschen, Korbfasschen usw.) bitten wir mitzubringen
Deutscher Weinbrand „Adler-Silber“
vorseitig abgelag. Qualität (jeweils Steuer & Flasche) 1/2 Pfd. 3.75 18.00

Nach Amerika.

Von Wilhelm Sollmann. (Fortsetzung und Schluß.)

Siebenmeilenstiefel für jedermann.

Nur nicht verblüffen lassen! Diese Mahnung richtet man an sich selbst, wenn bei der Einfahrt in New York aus den Höhen des Gebirges der Wolkenkratzer das Staunen Gewalt über einen gewinnen will. Nur nicht verblüffen lassen, wenn Stunde für Stunde in New York und dann landeinwärts Einbrüche so massenhaft und so groß sich häufen, daß die Erinnerung an Europa fast verfliehet. Jemandwo müssen diese blendenden Lichter schwere Schatten werfen. Man wird sie suchen und finden und einstudieren nur schildern, was man einigermaßen klar übersehen kann, auch schon nach einem Aufenthalt von Wochen.

Als ich kurz vor meiner Abreise in Deutschland spät nachts aus einer Versammlung kam, hatten mir Freunde für den weiten Heimweg ein Auto verschafft. Sie liehen es in einer Seitenstraße halten, „damit es nicht so auffällt“. Denn bei uns gilt das Autofahren als eine Angelegenheit des Bourgeois und Schiebers. In Washington steuert das Tippfräulein ihr eigenes Auto, und es wundert sich darüber so wenig jemand wie über die Hausfrau, die mit Taschen und Körben nach dem Markte fährt und ihre Spröhlings bis zum Säugling herab im Auto läßt, während sie in der Halle Fleisch und Gemüse kauft. In dieser Stadt von 480 000 Einwohnern, von denen mehr als ein Viertel Farbige sind, gibt es 85 000 Automobile. Welche der belebteren Straßen man auch betreten mag, immer geht man durch ein endloses Spalier von Autos. Jedes Amt, jedes große Geschäftshaus ist garniert von hunderten Autos, in denen Angestellte und Arbeiter zum Dienste gekommen sind; der Portier so gut wie der Direktor, wenn auch selbstverständlich der Wagen des einen viel billiger und primitiver ist als der des anderen. Nur wenige Garagen gibt es. Die Autos bleiben Tag und Nacht auf den Straßen stehen. Diebstahl ist nur selten, zumal bei den billigeren Wagen. Zudem ist fast jeder so versichert, daß der gestohlene Wagen sofort durch einen neuen ersetzt wird. Was dem Europäer auffällt, ist der äußerlich unlaubere Zustand auch neuerer Wagen. Dem Amerikaner, der in den meisten Fällen sein eigener Chauffeur ist, fällt es nicht ein, sich täglich mit dem Waschen, Bürsten und Wischen des Wagens aufzuhalten. Er säubert die Polster und überläßt das Abwischen der Karosserie und Räder dem Regen. Schöner werden die Wagen dadurch nicht, aber da sie nicht Luxusfahrzeuge sind, sondern Verkehrs- und Arbeitsmittel, so legt man auf Bänken und Klippen keinen Wert. Ab und zu lassen wohlhabendere und vermögendere Leute ihren Wagen für 2 Dollar reinigen.

Das Netz der Autostraßen umfaßt viele Zehntausende Kilometer. Einer der großen Autowege führt quer durch den ganzen Kontinent von New York nach San Francisco. Jede Autostraße ist glatt wie die Linden- oder die Friedrich-Ebert-Straße in Berlin. Auch weit von den großen Städten sind diese Straßen von Personen- und Lastautos belebt. Ab und zu liegt seitwärts ein von Grün überwuchertes Wagen, der sein Leben unterwegs ausgehaucht hat. Der Besitzer hat ihn stehen lassen, wo er stehen blieb. Die Anzahlung für den neuen Wagen war vielleicht geringer, als die Reparaturkosten für den alten gewesen wären. Man kauft einen ganz guten Wagen mit einer Anzahlung von 50 Dollar und zahlt monatlich 50 oder 100 Dollar ab. Der Aufschlag gegenüber der Barzahlung ist nicht beträchtlich. Bei den billigen Preisen für Autos sieht man Motorräder nur selten; am meisten noch bei der Polizei, deren Kontrollbeamte auf den Autostraßen in perlglänzender Sicherheit mit Spritzengeschwindigkeit dahinsausen. Warum die Motorräder in Amerika nicht ein Donnerwetter mit Kanonenschüssen, Wolken und Gestank wie bei uns verursachen, sondern vergleichsweise geräuschlos fahren, ist eines der vielen technischen Rätsel, die man dem Valen aufgibt, der hier so vieles sieht, was in Europa angeblich „unmöglich“ ist. Dahin gehört auch, daß man tausend Autos begegnen kann, ohne daß eines tut, hupt, heult, schreit, kreischt, quakt, brüllt, trompetet oder sonstigen lärmenden Unfug treibt, mit dem man Tag und Nacht in unseren Städten und Dörfern die Nerven quält. Zehntausend Autos auf dem Broadway in New York machen nicht halb soviel Lärm wie zehn Autos und zwei Motorräder in irgendeinem Flecklein daheim. Ein Trillerpfeif des Verkehrspolizisten, das Aufleuchten eines Signals, und die ganze endlose Karamane hält geräuschlos, um sich dann ebenso lautlos wieder in Bewegung zu setzen.

Außerhalb der Stadt gibt der Fahrer nur an Kurven sein Zeichen. Dabei fällt auf, daß der Straßenverkehr ohne den Verkehrsschranken kennt. Man braucht nicht fünf Minuten vor geschlossener Schranke zu warten, bis der Zug von der nächsten Station herangerollt ist. Man hört ihn rattern, hört das Pfeifen, das er in der Nähe des Ueberganges ertönen läßt, und weiß auch ohne Bahnwärter und Warnungstafel, daß es zweckmäßig ist, dem Zuge nicht gerade auf den Schienen zu begegnen. Uebrigens unterliegt jeder Autofahrer einer strengen Prüfung, und die Strafen für Vergehen gegen die Fußgänger sind hart. Gewiß sind die Verkehrsunfälle sehr zahlreich, aber wer wird es anders erwarten bei solcher Ausdehnung des Automobils? Jedemfalls hat noch immer der Fußgänger das größere Recht. Jedes Auto hat zu halten, bis man bei der Straßenbahn ein- und ausgestiegen ist — eine Vorschrift, die man bei uns nur in wenigen Städten kennt. In der Nähe der Schulen ist in großen Lettern den Autofahrern besondere Vorsicht eingeschrieben. Uebel würde es ihm ergehen, wenn er auf die Kinder nicht gebührende Rücksicht nehmen würde. Das Auto muß Rücksicht auf die Kinder nehmen, nicht etwa die Kinder Rücksicht auf das Auto.

O wandern, o wandern... Das Auto ist keines Wanderers Freund. Oder kann er sich doch mit ihm veröhnen? In diesem Lande wohl, denn Staubwolken fliehet man auf so präparierten Straßen nicht. Zudem fährt der Wanderer ja meistens selbst. Weit trägt ihn das Auto hinaus. Dann läßt er es im tiefen Walde stehen, lagert sich oder geht und steigt, so weit er mag, und kehrt abends nach seinem Wagen zurück. Ueberall in den großen Parks fliehet man Familienausflüge im Auto, das Allerjüngste in einer Art Hängematte unter die Wagendecke gespannt. Und endlich: das Liebeslied im Surren des Motors. Paare und Pärchen fahren Sonntags oder abends hinaus, und wo man bei uns die Liebenden irdlich umschlungen auf einsamen Wegen und auf harten Bänken fliehet, kuscheln sie hier zu Lande weich und sanft, er oder sie am Steuer, im Schutze des Autos dahin, soweit Benzin und Liebe reichen.

Gewiß, es gibt allzu viele arme Teufel auch in Amerika, die sich selbst die billigste „Car“ nicht leisten können, obwohl alte Wagen schon für 50, ja für 20 und noch weniger Dollar zu haben sind. Zu denen, die ihre Autofehlucht mit Dollars nur schwer befriedigen können, gehören zahlreiche Studenten. Aber manche von ihnen wissen sich zu helfen. Sie suchen die vielen an den Autostraßen marode gebliebenen Wagen nach brauchbaren Teilen ab, montieren sich ein Gestell mit Motor zusammen, bauen aus irgendwelchen Ritzbrettern einen Kasten darauf und fahren los. Ab und zu begegnet man solchen abenteuerlichen Autos. Schön sind sie nicht, aber sie fahren, und das ist die Hauptsache.

Die Organisation des Autowesens, die Tankstationen und die Verkehrsnetze sind in den wenigen Jahren des großen Autoverkehrs beinahe lächerlich ausgebaut worden. Die Sicherung der Mitglieder des großen amerikanischen Autoverbandes geht so weit, daß jedes Mitglied, dessen Auto weitab im Felde oder Walde verlegt, die nächste, Tag und Nacht geöffnete Geschäftsstelle des Verbandes anruft und von ihr sofort ein Auto zur Hilfe erhält.

Diesen Bericht, den ich eben geschrieben habe, nimmt aus der kleinen ländlichen Gaststube, deren Wirtische mit Blumen geschmückt sind, ein Landbriefträger im — Auto mit nach der Stadt. Ich sehe dem Postbeamten sinnend nach. Wenn ich demnächst wieder

Die Wahlmauer.



„Männer braucht das neue Berlin, aber keine Umfallmänner.“

einmal in Deutschland im Auto nach einer Versammlung fahren muß, wird man sich für einen Progen halten, und etwofcher Kommunist oder andere Spieher wird mir Herzumachen suchen, daß die Revolution sich nur im Tempo des Fußmarches oder der Postkutsche vollziehen darf und der technische Fortschritt eine bourgeoise Angelegenheit ist.

Am Ernst: in Deutschland ist das Automobil ein Luxusgegenstand, ein Vorrecht der Reichen, in Nordamerika ein selbstverständliches Verkehrsmittel auch für das Proletariat.

Moderne Magier.

Es war im Jahre 1905 an der Museumsbrücke in Berlin. Eine Menschenansammlung, die dort normalerweise nichts zu suchen hatte, wartete auf irgend etwas, das nicht kommen wollte. Dann aber kam es doch, und zwar in Gestalt einer Droßke, in der zwei Männer saßen, zwischen denen sich ein Individuum befand, das nur mit einer Badehose bekleidet war. Das seltsame Trio wurde von den Versammelten mit lautem Hallo empfangen, der Rakte in eine Zwangsjacke gesteckt, von echten Schutzleuten mit echten Polizeifesseln gefesselt und so in die Spree geworfen. Nach drei Minuten tauchte er wieder auf, aller Bande ledig, die Zwangsjacke lustig im Arme schwenkend. Es war Harry Houdini, der „Mann, den nichts fesseln kann“. Wie A. H. Kober in seinem Buch „Die große Nummer“ erzählt, wurde Houdini als Sohn einfacher Leute, die den bürgerlichen Namen Weiß führten, im Jahre 1874 in Budapest geboren, kam als Kind schon nach den Vereinigten Staaten, debütierte als Reiniähriger in einem Wanderzirkus, wurde Mechaniker, dann Clowner, Varietettenspieler, Bauchredner, schließlich Zauberkünstler, wurde berühmt als Entfesselungskünstler, macht jetzt in Amerika Sensation als Antispiritist und ist der größte „Showman“ der Gegenwart, nicht nur wegen der Eigenart seiner Produktionen, sondern weil er sie am besten „verkauft“, weil er der unerreichte Meister der Aufmachung, der Reklame ist. „Mit Houdini“, so schreibt Kober, „kommen wir auf das interessanteste, ungeheuer weite Gebiet der Illusionen, der Tricks, der Zauberei und Magie, deren Wunder die Phantasie des Publikums bei den sagenumspunnenen Fiktionen am Ganges vermehrt, während es real von ihnen Kenntnis nimmt auf den Jahrmärkten und Kummelplätzen. Das ist das unbegrenzte Feld, auf dem sich die Kartenmanipulatoren tummeln, die Männer, die aus einer leeren Lüte Blumen wachsen lassen, schwebende Jungfrauen beschwören, aus der Kiste fliehen, Damen zerfagen, Uhren verschwinden und dafür Kaninchen erscheinen lassen, im Zylinder einen Eierkuchen haben, aus der Luft die jeweilige Nationalflagge holen, sie in einen Revolver stopfen, abfeuern und aus der Zielscheibe eine Ente mit dem Eierkuchen im Munde herausziehen. Für uns Deutsche ist der Name Belladini der Inbegriff aller Zauberei. Er hieß eigentlich Verlach und wurde 1828 in Vigotta in Polen als Sohn eines Gastwirts geboren, tummelte sich in Europa und Amerika umher und wurde in der Schule wandernder Gaukler der durch seine Geschicklichkeit und durch seine unheimlich komischen Phrasen berühmte Zauberkönig. Hat vielleicht zufällig einer der erbarmen Anwesenden ein reines Taschentuch bei sich?“ soll er bei einer Privatsoiree vor einer fürstlichen Gesellschaft gefragt haben. Dieser „wirkliche echte Original-Belladini“ starb 1885 zu Pärchin in Madrasburg. Heute gibt es etwa 60 Belladinis, deren jeder behauptet, „der echte“ zu sein. So schreibt Paul Scheidon, selber ein großer Magier, in seiner „Magischen Revue“, die er in einer Fachzeitschrift erscheinen läßt, und der es wissen muß.

Signor Saltarino nennt als ältesten Zauberkünstler — Cagliostro. Sein Freund soll der Automatenmechaniker Torcini gewesen sein. Dessen Apparate brachte Robert Houdin (1805—1871) wieder in Ordnung. Dieser Houdin erzauberte sich die höchsten Auszeichnungen, und er wurde sogar zu einer politischen Mission ausgesendet: die französische Regierung schickte ihn nach Algier, um dort

mit seinen Zauberkunststücken die Araber zu überbieten und ihre Autorität bei den Eingeborenen zu brechen, die sich von ihnen zu Aufständen anstacheln ließen. Nach Houdin nannte sich Weiß: Houdini. Ein Zeitgenosse und Konkurrent Houdins war Bosco, der als napoleonischer Soldat in Rußland gefangen wurde, in Sibirien als Gefangener mit Zaubereien debütierte, dann nach seiner Freilassung nach Europa kam und quer durchzog und 1863 in Dresden gestorben ist. Eine der originellsten Erscheinungen am möglichen Himmel ist „Alexander“, 1819 in Münster als Alexander Hembürger geboren und 1909 dort als kleinreicher Mann — wie übrigens viele dieser Magier — gestorben. Von ihm erzählt Saltarino einen ganz sabelhaften Trick: Er zündete 10 000 Wachskerzen auf einmal an! (Wobei er die erst Jahrzehnte danach praktisch „entdeckte“ Elektrizität benutzt haben soll.) Alexander arbeitete besonders gern in Nord- und Südamerika.

Man kann das gewaltige Gebiet der schwarzen Kunst in einige engere Bereiche einteilen. Da sind zunächst die Manipulatoren, die mit Spielarten arbeiten, Blumen, Münzen, Eier und andere kleinere Gegenstände verschwinden und wiedererscheinen lassen, daß einem die Augen übergehen. Die Fingerfertigkeit dieser Scheidon, Paim, Hansen, Sealtiel ist sabelhaft. Bei der Eleganz dieser Vorführungen verfährt der Zuschauer allzu oft, welches unermüdliche Training darin steckt. Jahrelange Übung nur garantiert, daß jeder Trick sofort gut herauskommt; und das muß heute bei einem guten Manipulator der Fall sein, denn er gibt nicht mehr wie einst die Belladini und Bosco eine abendfüllende Vorstellung, sondern ist nur eine Programmnummer auf dem Varietee. — Die „Illusionisten“ arbeiten mit einem größeren Aufwand als die reinen Fingerkünstler. Sie sind die Erben der einst berühmten „Schwarzen Kabinette“. Die Mellini, Uferini, Thorn sind unserer Generation klassische Illusionisten gewesen, sie erfanden die „Schwebende Jungfrau“, den „Anderschen Wunderkorb“, den „Blauen Salon“ und ähnliche geheimnisvolle Schönheiten. Aus Amerika und England kommen jetzt die Illusionisten mit der ganz großen Aufmachung, de Bière z. B. und Carmo, der zu seiner Arbeit vierzig Personen und ein Duzend Tiere (Elefant, Tiger darunter) gebraucht. Im Grunde aber sind diese mit Verrentungen, Raffierungen, Spiegelungen und anderen technisch-mechanischen Hilfsmitteln arbeitenden Akte auch nichts anderes als die alten Verführer und Schwebetricks der Thoren, Epstein, Balch, Kahner, Delanné. Zur Ausführung dieser Tricks gehört sehr viel manuelle Geschicklichkeit, Auffassungsgabe und Kombinationsgabe, fräftige Muskeln, ein biegsamer Körper, Sinn für Technik und Mechanik und ein heller Kopf, der für die schwarze Kunst das A und O bedeutet. Was im besonderen die Tricks von Houdini betrifft, mit dem wir diesen kleinen Ueberblick eröffnen haben, so werden sie nicht nur von ihm, sondern auch von allen Kriften, die jemals mit ihm gearbeitet haben, streng geheim gehalten. Es gibt eben eine unerschütterliche Solidarität der Magier. Bezeichnend hierfür ist die folgende Geschichte, die Kober erzählt: „Houdini war in Essen engagiert und wurde auf der Bahn von dem Artisten X. erwartet, der ihn von Amerika her seit langem kannte und an seiner neuen Arbeitsstätte einführen wollte. Um 6 Uhr früh kam der Zug an. X. hatte das eiserne Gittertor zu der Pension, in der er wohnte, auf Anraten des Wirtes wieder abgeschlossen und den Schlüssel so weit in den Garten geworfen, daß ihn niemand von der Straße her erreichen konnte. Um 8 Uhr wurde das Tor geöffnet, so lange sollten X. und Houdini auf dem Bahnhof bleiben. „Das paßt mir nicht“, sagte Houdini, als er die Geschichte hörte, „hat das Tor ein Schlüsselloch?“ — „Natürlich.“ — „Dann kommen wir auch hinein.“ Sie gingen also los, kamen vor der verschlossenen Tür an, die Houdini einen Augenblick betrachtete: „Moment, bitte, warte mal.“ X. drehte sich um, und ein paar Sekunden später war das Schloß geöffnet. So erzählte mir Herr X. „Ich drehte mich einen Augenblick um“ — d. h. der künstliche Anstand erfordert, daß man einem Kollegen seine Tricks nicht ablauscht. — Das ist für mich eigentlich das Magischste an diesen Magiern.“

Billiger Freitag und Sonnabend bei Jandorf

Damen-Haarfilz-Hüte 245
feine Formen, viele Farben

Strickwolle graumeliert und schwarz, gute Qualität, ca. 50-Gramm-Docke 45	Kindergarnituren Wolle, Mütze und Schal 2⁹⁵	Veloutine in vielen Mustern Meter 95	Damen-Pantoffel mit Pompon und Linoledersohle 95	5 Stück Toilette-Seife „Silberlinde“ Karton 95
Herren-Hosen wollhaltig, mit Überschlager, 3 Größen 2²⁵	Oberhemden durchgeh. Peckal, neue Muster, 1 weicher u. 1 steif. Kragen 8⁵⁰	Hauskleiderstoff kräftige Qualität Meter 1²⁵	Damen-Haarschuhe ka. Netzhaarartiger Stoff mit Pompon 1³⁵	4 Stück Bade-Seife Stück ca. 125 Gramm 95
Herren-Hemden wollhaltig, mit Doppelbrust, 3 Größen 2⁷⁵	Oberhemden weiß, Pikee-Faltenbrust und Pikee-Umschlagmanschetten 7⁹⁰	Kunsts. Trikot neue Farben Meter 1⁹⁵	Herrensocken grau, starke Qualität 55	1/2 Fl. Köln. Wasser extra stark 85
Einsatzhemden für Herren, gute Qualität, gestreifte Muster, 3 Gr. 2⁹⁵	Taghemden aus kräftigem Hemdentuch, mit Faltenbrust 3⁹⁰	Moderne Schotten reine Wolle Meter 2⁹⁵	Herrensocken graumeliert, reine Wolle 1³⁵	Waschbecken Emaille, ca. 40 cm, Porzellanform 2⁹⁵
Schlupfhosen für Damen, farbig, gute haltbare Qualität, 1⁹⁵	Stehumlegekragen Maho, 4 fach, moderne Form 95	Morgenrock aus Flaumstoff, weiter Schnitt, viele Farben 5⁹⁰	Damenstrümpfe farbige, feines Gew., Ferse u. Spitze verstärkt 75	Ess-Besteck mit schwarzem Heft, Solinger Fabrikat Paar 85
Schlupfhosen für Damen, farbig, mit warmem Futter 2⁴⁵	Regenschirme für Damen, Halbside, moderne kurze Top-Form 8⁹⁰	Damen-Mantel Keilins-Fleisch, verschied. Farben 17⁵⁰	Damenstrümpfe Kunstseide, klares Gewebe, Florrand, Doppelsohle 1⁶⁵	Kohlenplatten poliert 3⁴⁵
Damen-Westen prima Legier., schöne Karo- und Streifenmuster 4⁹⁵	Mädchen-Mantel aus warmem Flaumstoff, mit Krümmerschnitt, Größe 60-90 cm 12⁷⁵	Straßenkleid farbige, in neuen Fassons, verschiedene Farben 19⁷⁵	Handschuhe für Damen und Herren, in verschiedenen Ausführungen 95	Waschtöpfe verzinkt, mit Sieb und Deckel. 3⁹⁵

Belle Alliance-Straße · Große Frankfurter Straße · Brunnenstraße · Kottbusser Damm · Wilmersdorfer Straße

TEEKANNE Rot
gehaltvoll, aromatisch, die reine Indo-Ceylon-Teemischung feinsten Auslasses, bei leichtem Aufguss ohne, bei kräftigem mit Zucker zu empfehlen.

Wir erfüllen bis zum letzten Pfund, bekanntlich, bis am 21. Oktober, früh 7 Uhr, nach langem, mit großer Geduld ertragenem Warten, unsern lieben Göttern, Herrn u. Frau, unter großer und schöner Anwesenheit.

Otto Gaier
im Alter von 40 Jahren die Augen für immer geblendet hat.

Am 21. Oktober früh nach langem, schwerem Warten der Arbeit, in unsere Hochzeiten, der Herr, Herr, Herr.

Otto Gaier
Alle, die ihn kennen lernten, wußten sein verdienstvolles Leben zu schätzen. Ein großes Andenken bleibt ihm erhalten.

Am 21. Oktober verstarb unser Gatte.

Otto Gaier
Bereits am Sonntag, nachm. 12^{1/2} Uhr, von der Beinhalle des Friedhofes in Friedrichsfelde aus hat.

Nach schwerem, aber mit Geduld ertragenem Warten verstarb am 20. Oktober, abends, unser lieber Sohn.

Moritz Pessarra
aus Kattin im 68. Lebensjahre.

Erweiterter Giroeffektenverkehr.

Der jetzige Effektenverkehr ist wegen des geringen Nennwerts fast sämtlicher auf Reichsmark umgestellten Aktien und der geringen Durchschnittshöhe der meisten Börsenaufträge für uns mit so großen Unkosten verknüpft, daß eine erhebliche Erhöhung der Depot- und Effektenkommissionsgebühren unumgänglich wird, wenn die gegenwärtige Handhabung des Verwahrungs- und Lieferungs-Geschäfts beibehalten wird. Um unserer Kundschaft diese Gebührenerhöhung zu ersparen, beabsichtigen wir in Uebereinstimmung mit den maßgeblichen öffentlich-rechtlichen und den übrigen privatrechtlichen Kreditinstituten, die Aktiendepots unserer Kundschaft, späterhin auch die sich hierfür eignenden festverzinslichen Wertpapiere unserer Kundschaft, in einheitlichen Sammeldepots bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins zu vereinigen. Hierdurch würde die Einzelverwaltung und bei An- und Verkauf von Wertpapieren die kostspielige Lieferung effektiver Stücke vermieden, und es würden Ueberweisungen mittels des Effektschecks an deren Stelle gesetzt werden. Der Effektenverkehr würde sich damit stückelos abwickeln.

Bezüglich der in das Sammeldepot aufgenommenen Wertpapiere können wir demzufolge in Zukunft nicht mehr die Verpflichtung übernehmen, einem jeden unserer Geschäftsfreunde gerade diejenigen Nummern zur Verfügung zu stellen, die er uns eingeleistet hat oder die wir für ihn angeschafft haben. Eine Beeinträchtigung der Sicherheit ist für unsere Geschäftsfreunde hiermit jedoch nicht verbunden; denn diese Wertpapiere werden mit der Vereinigung im Sammeldepot des Kassen-Vereins nicht etwa unser Eigentum oder Eigentum des Kassen-Vereins und haften daher auch nach wie vor nicht für unsere Verbindlichkeiten oder etwa die des Kassen-Vereins. Vielmehr verbleibt das Eigentum an den Wertpapieren jedem unserer Kunden, wenn auch nicht, wie bisher, als Sondereigentum an den einzelnen Stücken selbst, sondern als Mitigentum an der Gesamtheit der im Sammeldepot vereinigten Wertpapiere ein und derselben Gattung. Für die Erfüllung der dem Kassen-Verein aus dem Verwahrungsverhältnis obliegenden Pflichten stehen wir unseren Geschäftsfreunden gegenüber ein. Auch die übrigen die Wertpapiere betreffenden Rechte unserer Kundschaft, z. B. hinsichtlich des Dividendenbezuges, der Ausübung von Bezugsrechten, der Vertretung der Aktien in der Generalversammlung, der Verpfändbarkeit der Werte usw. bleiben unverändert bestehen.

Für alle Wertpapiere, welche nicht den deutschen Stempel oder welche einen ausländischen Stempel tragen, für die nicht vollgezählten Versicherungsscheine und für alle verlosbaren Wertpapiere verbleibt es bei dem bisherigen Zustand.

Wir richten an unsere Kundschaft die Bitte, sich mit der Vereinigung ihrer bei uns ruhenden Wertpapiere im Sammeldepot der Bank des Berliner Kassen-Vereins einverstanden zu erklären, da die Beibehaltung des jetzigen Zustandes die Berechnung erhöhter Depotgebühren und Effektenkommissionsgebühren erforderlich machen würde.

Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder
Commerz- u. Privat-Bank Aktiengesellschaft
Darmstädter und Nationalbank K. a. A.
Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank
Direction der Disconto-Gesellschaft Dresdner Bank
J. Dreyfus & Co. Hardy & Co., G. m. b. H.
Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank

Hirschfleisch Pfd. 0.80 u. 1 M.
Gespickte Hasen
Hasenrücken, Keulen und Lauer
frische Rebhühner Pfd. 1.50 M.
Herbst-Rebhühner St. 2 M.
Junge Gänse, Enten und Tauben
Gänserümpfe, Fleisch und Keulen

O. Elsholz
Hubertushaus, Neanderstraße 2
Fernsprecher: Moritzplatz 3735, 3704

Besonders wirksam sind
in der Gesamt-Auflage **billig!**

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Alle Frauen werden zur Befestigung meines Kleiderstücks Kleiderstoffe eingeladen. Karos, Streifen, Jaspel, Caboline, Rosa, Krümmen, Straband, Gelber, Rosa, Gelber, Chinakopp, Raffel, Samt, Futterstoffe usw. Mein Verzeichnis ist angeschlossen, jeder Dame die Stoffe ohne Verpflichtung zurückzuführen. Erst bezuschlagen, dann kaufen. Stelle für den Kauf, da direkt ab Fabrik ohne Zwischenhandel. Spezialhaus für Bekleidungsstücke, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Reisende (Richter-Verkauf), Eisenbahn-Güterverkehrsleiter, Bureauverwalter, Handlungsreisende, Kaufleute, Kaufmännische Bedienstete, etc.

Musikinstrumente

Flauto, Klarinette, Violoncello, Kontrabaß, Horn, Trompete, Posaune, Schlagzeug, Orgel, Harmonium, etc.

Möbel

Stühle, Tische, Betten, etc.

Fahrräder

Reifen, Lampen, etc.

Kaufgesuche

Suche nach, etc.

Verschiedenes

Wichtig für, etc.

Arbeitsmarkt

Stellensuche, etc.

Stellengebote

Zeitungsträger, etc.

Tüchtige Verkäuferinnen

Passementerie und Kurzwaren, etc.